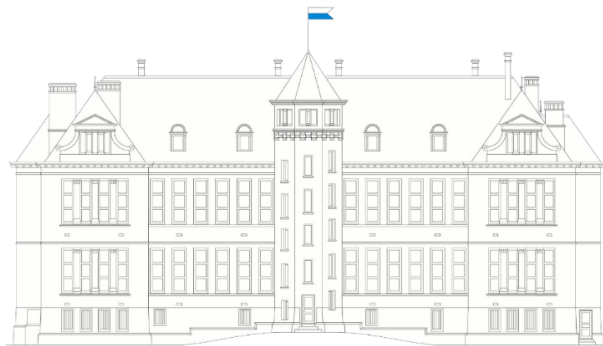


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitische Interessierte,

die EU-Institutionen – Rat, Kommission und Parlament – haben wieder in den Vollmodus geschaltet. Daher freut es mich, Ihnen den ersten Europabericht nach der Sommerpause präsentieren zu können.

Wir alle haben es mitbekommen: Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat vergangene Woche in Ihrer „State of the Union“-Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg ihre Agenda für die zweite Hälfte der Amtszeit der Kommission vorgestellt. Dabei ist eine Vielzahl von Herausforderungen zur Sprache gekommen, die für unser vereintes Europas zentral sind, von der Bewältigung des Klimawandels über die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsraums bis hin zur Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für den europäischen Zusammenhalt. Wir dürfen – auch aus bayerischer Sicht – gespannt sein, wie sich die Umsetzung der noch recht abstrakt formulierten Ziele darstellen wird.

Für mich ist klar: Europa muss ein Raum der Sicherheit und des Rechts sein. Europa muss zugleich ein Standort für Innovationen und Wertschöpfung bleiben. Europa ist als Global Player wichtiger denn je. Dabei gilt aber: Nicht jedes Thema in Europa ist ein Thema für Europa. Europa lebt von der Einheit, aber auch und gerade von der Vielfalt der Menschen und Regionen. Europa lebt von der Subsidiarität.

Entscheidend ist deshalb, dass die deutschen Bundesländer eine starke Stimme haben. Eine solche Stimme in der Europapolitik ist ohne Zweifel auch die Europaministerkonferenz (EMK). Am 8. und 9. September haben



wir uns in Chemnitz zu unserer Tagung treffen können. „Physisch“ – also wieder von Angesicht zu Angesicht.

Dabei waren wir uns einig: Die deutsch-tschechische Zusammenarbeit bleibt ein wertvoller Baustein, um Europa grenzüberschreitend auf soliden Fundamenten weiterzuentwickeln, in Fragen der Digitalisierung, der Mobilität und vielen weiteren Bereichen. Erfreulich ist, dass unsere bayerische Arbeit, insbesondere auch die Tätigkeit unseres

Prager Büros auf ein sehr positives Echo gestoßen ist. Das zeigt, wie weit wir in der bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit bereits sind. Jetzt gilt es, die Beziehungen mit Prag zielgerichtet voranzubringen und zu vertiefen – nicht zuletzt im berechtigten Interesse unserer bayerischen Grenzregionen zu Tschechien. Dies habe ich auch in der EMK nochmals eingebracht (siehe Foto).

Angesichts der dramatischen Ereignisse im Mittleren Osten hatte bei der EMK auch der Austausch zu Afghanistan eine wichtige Rolle inne. Afghanistan zeigt uns, wie essentiell Stabilität und Frieden in einem Land sind – und wie zerbrechlich. Es ist daher richtig und wichtig, dass die Kommissionspräsidentin der Lage in Afghanistan breiten Raum in ihrer „State of the Union“-Rede gegeben hat. Hier braucht es Einigkeit und Gemeinsamkeit der EU und innerhalb der EU!



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 14/2021 vom 20.09.2021



Somit darf ich Ihnen die Lektüre des aktuellen Europaberichts sehr ans Herz legen. Hier finden Sie noch mehr wichtige Themen zu aktuellen Entwicklungen in Europa. Bis bald!

Ihre Melanie Huml

Melanie Huml



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	9
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	9
Außenminister debattieren über Lage in Afghanistan und EU-China-Beziehungen	9
Verteidigungsminister beraten über schnelle Eingreiftruppe.....	9
EUROPÄISCHES PARLAMENT	10
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 13.–16.09.2021: Gesundheitsunion, China, Russland, Rechtsstaatlichkeit in Polen.....	10
Rede von Kommissionspräsidentin <i>von der Leyen</i> zur Lage der Union 2021	12
Europapolitiker <i>Weber</i> will Chef der Europäischen Volkspartei werden	12
Eurobarometer-Umfrage: EU-Gelder nur für die Länder, die den Rechtsstaat respektieren	13
INSTITUTIONELLES.....	13
Strategische Vorausschau 2021: Stärkung der langfristigen Handlungsfähigkeit und -freiheit der EU	13
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	13
Brexit: EU lehnt Nachverhandlungen zum Handelsabkommen mit Großbritannien ab	13
Kommission und Außenbeauftragter stellen Strategie für indopazifischen Raum vor	14
MEDIEN	14
Kommission legt Empfehlung zum Schutz von Journalisten vor	14
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	16
COVID-19	16
Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	16
ASYL UND MIGRATION	16
Sondertreffen der EU-Innenminister zur Situation an der Grenze zu Belarus	16
Sondertreffen der EU-Innenminister zur Lage in Afghanistan.....	17
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zu Afghanistan an: Visaprogramm für afghanische Frauen gefordert	17
Zahl der Anträge auf internationalen Schutz nähert sich allmählich dem Niveau vor der Pandemie	18
Legale Migration: Europäisches Parlament billigt Reform der Blue-Card-Richtlinie für hochqualifizierte Einwanderer.....	18
Europäischer Rechnungshof legt Sonderbericht zu Rückführung und Rückübernahme irregulärer Migranten vor.....	18
EuGH urteilt zum subsidiären Schutz für Familienangehörige eines minderjährigen Schutzberechtigten	19
EuGH urteilt zu einem Folgeantrag auf internationalen Schutz wegen bereits beim ersten Antrag existierenden, aber nicht vorgetragenen Grundes	19



VISAPOLITIK.....	20
Kommission legt Bericht über Erfüllung der Anforderungen für Visumfreiheit durch die westlichen Balkanländer und die Länder der Östlichen Partnerschaft vor.....	20
POLIZEIANGELEGENHEITEN.....	20
Kommission legt Empfehlung zum Schutz von Journalisten vor.....	20
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	22
COVID-19	22
Kommission veröffentlicht aktualisierte Leitlinien zur Nutzung digitaler COVID-19-Zertifikate im Luftverkehr.....	22
Kommission beschließt Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen	22
KLIMA.....	23
Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Klimaverträglichkeit von Infrastrukturprojekten.....	23
VERKEHRSINFRASTRUKTUR	23
Kommission unterstützt 68 Verkehrsinfrastrukturstudien mit über 242 Mio. €.....	23
Europäische Investitionsbank führt Konsultation zur Darlehenspolitik im Verkehrssektor durch.....	24
VERKEHRSPOLITIK	24
Kommission führt Konsultation zum Notfallplan für den Verkehr durch	24
SCHIENENVERKEHR	24
Kommission startet die Fahrt des Sonderzugs „Connecting Europe Express“	24
BAUEN UND WOHNEN.....	25
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Juni 2021 in der EU	25
Kommission verleiht Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus – Projekt aus Rosenheim unter den Gewinnern	25
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	26
EuGH verhandelt zu den deutschen Regelungen der Vorratsdatenspeicherung	26
Polnische Disziplinarkammer: Kommission beantragt Zwangsgeld	26
Europäisches Parlament kritisiert weitere Verschlechterung der Medienfreiheit und der Rechtstaatlichkeit in Polen.....	27
Geschlechtsspezifische Gewalt soll in den Katalog der „EU-Straftaten“ aufgenommen werden.....	27
Dialog der nationalen Verfassungsgerichte und des EuGH.....	28
EuGH urteilt zu Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen	28
EuStA schließt Arbeitsvereinbarungen mit Kommission und Europäischem Rechnungshof.....	28
Vorabentscheidungsersuchen einer Staatsanwaltschaft unzulässig	29
Europäisches Gericht gewährt Zugang zu Abschlussbericht von OLAF	29



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	30
KULTUR	30
Mitteilung der Kommission zum Europäischen Bauhaus	30
FORSCHUNG	31
Europäischer Forschungsrat veröffentlicht Zahlen zur Ausschreibung für die Advanced Grants	31
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	32
Informelle Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister am 06.09.2021	32
Informelle Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister am 10./11.09.2021	32
Tagung der Euro-Gruppe: Wirtschaftslage im Euro-Raum u. a.	33
EU-HAUSHALT	34
Kommission zahlt 2,25 Mrd. € als Vorfinanzierung an Deutschland	34
Annahme des Rahmens für Grüne Anleihen (NextGenerationEU Green Bond framework)	34
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	35
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	35
EuGH-Urteil: Nulltarif-Optionen verstoßen gegen Unionsrecht	35
Staatliche Beihilfen: Urteil des EuGH zum Nürburgring	35
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Maßnahmen zur Unterstützung der Deutschen Bahn	36
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Regelung zur Förderung von Bussen mit alternativen Kraftstoffen	36
Konsultation zur Überwachung der CO ₂ -Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge	36
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	36
Folgenabschätzung der Kommission für sichere weltraumgestützte Konnektivität	36
AUßENWIRTSCHAFT	37
EU-USA: Start des Handels- und Technologierats	37
Verbot von Exportkrediten für Kohlekraftwerke zur Stromversorgung: Diskussionen auf OECD-Ebene	37
EU-ASEAN: Gemeinsame Erklärung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit	37
EU-China: Europäisches Parlament nimmt Bericht zu den Beziehungen zwischen der EU und China an	38
Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Neue Regelungen in Kraft	38
Jahresbericht über die Handelsschutzmaßnahmen der Kommission im Jahr 2020	38
Konsultation zur Änderung der Blocking-Verordnung	39
ENERGIE	39
EuGH-Urteil: Keine ordnungsgemäße Umsetzung des Energiebinnenmarktpakets in Deutschland	39



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	40
UMWELT.....	40
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe	40
Strategische Vorausschau 2021 mit Megatrend Klimawandel und anderen ökologischen Herausforderungen	40
Kommission leitet Konsultation zur Überwachung der CO ₂ -Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge ein	41
Kommission leitet Konsultation zur Aktualisierung der Berichterstattung im Rahmen der Klärschlammrichtlinie ein	41
VERBRAUCHERSCHUTZ	42
Europäisches Parlament lehnt Einwand gegen Entwurf der Kommission zur Festlegung der Kriterien zur Verwendung von Reserveantibiotika ab	42
Kommission leitet Konsultation zur Änderung des Katalogs für Einzelfuttermittel ein	42
Kommission leitet Konsultation zu Aufzeichnungen und Erklärungen von Unternehmen der ökologischen Landwirtschaft ein.....	42
EuGH urteilt zu Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen	43
Kommission leitet Konsultation zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien ein	43
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	45
Agrarausschuss stimmt GAP zu	45
Agrar- und Umweltausschuss nehmen Bericht zur Farm to Fork-Strategie an.....	45
Europäisches Parlament lehnt Einwand gegen Entwurf der Kommission zur Festlegung der Kriterien zur Verwendung von Reserveantibiotika ab	46
Tagung Agrarrat.....	46
Kommission legt Bericht über Handel mit Erzeugnissen der Agrar- und Lebensmittelbranche 2020 vor	47
Kommission legt Bericht zur Herkunftskennzeichnung von Fleisch vor	48
Kommission beschließt Maßnahme zur Erhöhung der Liquidität der Landwirte	48
Kommission leitet Konsultation zu Aufzeichnungen und Erklärungen von Unternehmen der ökologischen Landwirtschaft ein.....	48
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe	49
Kommission leitet Konsultation zur Aktualisierung der Berichterstattung im Rahmen der Klärschlammrichtlinie ein	49
Kommission genehmigt gentechnisch veränderte Organismen	50
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	51
Europäisches Parlament fordert soziale Absicherung von Plattformbeschäftigten	51
Geschlechtsspezifische Gewalt soll in den Katalog der „EU-Straftaten“ aufgenommen werden.....	51
Europäisches Parlament drängt auf gleiche Rechte auf Freizügigkeit für gleichgeschlechtliche Paare	51



EuGH stuft Pausen mit Präsenzplicht als Arbeitszeit ein	52
EuGH urteilt zur Durchführung von Europäischen Sozialpartnern geschlossenen Vereinbarungen	52
Pandemie verstärkt das Problem der Einsamkeit in der EU	52
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	54
HERA – Neue EU-Behörde für Gesundheitskrisen	54
Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für Kontrolle und Prävention von Krankheiten.....	54
Verordnungsvorschlag über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren (Gesundheitsgefahren-VO)	55
Digitales COVID-19-Zertifikat der EU: Albanien, Andorra, die Färöer, Israel, Monaco, Marokko und Panama.....	55
Europäische Arzneimittelagentur untersucht Nutzen von Auffrischimpfungen gegen Corona	55
EU und AstraZeneca beenden Rechtsstreit über COVID-19-Impfstoff	56
Coronavirus: 70 % der Erwachsenen in der EU vollständig geimpft.....	56
Kommission schließt Vertrag über COVID-19-Impfstoff von Novavax	56
Start von Informationssystem für klinische Versuche.....	57
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	58
Kommission legt politisches Programm zur Umsetzung der Digitalen Dekade vor	58
Kommission startet Initiative zur internationalen Dimension von menschenzentrierter Künstlicher Intelligenz.....	58



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Außenminister debattieren über Lage in Afghanistan und EU-China-Beziehungen

Die Außenminister der EU sind am 02./03.09.2021 zu einem informellen Treffen im slowenischen Brdu pri Kranju (Gymnich-Format) zusammengekommen. Im Mittelpunkt des ersten Tages stand eine Diskussion über Afghanistan. Die Minister sprachen mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, *Filippo Grandi*, und berieten über die fortgesetzte Evakuierung der verbleibenden EU-Bürger und afghanischen Ortskräfte aus Afghanistan, die die Umsetzung der europäischen Programme im Land unterstützt haben. Sie betonten, dass die EU mit den Nachbarländern Afghanistans und anderen wichtigen internationalen Akteuren zusammenarbeiten müsse, um eine humanitäre Katastrophe und eine mögliche Migrationswelle nach Europa zu verhindern. Die Minister stellten heraus, dass eine Einigung über die umfassende Strategie der EU gegenüber Afghanistan, die alle Sicherheitsaspekte von der Migration über die Gefahr von Terroranschlägen bis hin zum illegalen Drogenhandel umfasse, dringend erforderlich sei. Am zweiten Tag des Treffens wurde über die Beziehungen zwischen der EU und China diskutiert. Es herrschte Einigkeit darüber, dass ein koordiniertes Vorgehen aller EU-Mitgliedstaaten gegenüber China von größter Bedeutung sei. Zum Abschluss der Tagung bot sich den Ministern bei einem Gespräch mit dem indischen Außenminister *Dr. Subrahmanyam Jaishankar* zudem die Gelegenheit, die geopolitischen und geoökonomischen Trends in der indopazifischen Region zu erörtern und sich für eine engere Partnerschaft zwischen gleichgesinnten Ländern in der Region einzusetzen.

[Pressemitteilung der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

Verteidigungsminister beraten über schnelle Eingreiftruppe

Bei einer informellen Tagung der EU-Verteidigungsminister im slowenischen Brdo pri Kranju warben am 01./02.09.2021 zahlreiche Teilnehmer dafür, Konsequenzen aus den Ereignissen der vergangenen Wochen zu ziehen und die europäischen Verteidigungsfähigkeiten auszubauen. Unter anderem ging es um eine Initiative für eine mindestens 5.000 Soldaten starke Interventionseinheit. Die Notwendigkeit dieser Erweiterung sei nie so deutlich gewesen wie heute, sagte der EU-Außenbeauftragte *Josep Borrell*. Er hoffe darauf, dass in der ersten Hälfte des nächsten Jahres konkrete Beschlüsse gefasst werden könnten. Deutschlands Verteidigungsministerin *Annegret Kramp-Karrenbauer* plädierte dafür, im Rahmen einer Koalition von Willigen vorhandene militärische Fähigkeiten gemeinsam zu nutzen. Zugleich warnte sie davor, nur über eine neue Militäreinheit zu reden. Staaten wie Polen und Litauen halten die Initiative angesichts der existierenden Fähigkeiten der NATO für überflüssig und befürchten eine mögliche Schwächung des transatlantischen Verteidigungsbündnisses.

[Pressemitteilung der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 13.–16.09.2021: Gesundheitsunion, China, Russland, Rechtsstaatlichkeit in Polen

Vom 13.-16.09.2021 tagte das Europäische Parlament (EP) in Straßburg, pandemiebedingt erneut im Hybrid-Modus mit teilweise physischer und teilweise virtueller Anwesenheit.

Im Mittelpunkt der Tagung standen insbesondere folgende Themen:

- Das Plenum billigte die im Rahmen des Aufbaus einer **Europäischen Gesundheitsunion** gemachten Vorschläge der Kommission zur Erweiterung des Aufgabenbereichs des ECDC sowie zur Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Danach müssen die Mitgliedstaaten nationale Vorsorge- und Reaktionspläne ausarbeiten und aktuelle, vergleichbare und hochwertige Daten bereitstellen. Das ECDC wird auch zuständig für nicht-ansteckende Krankheiten wie etwa Krebs. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten – vor allem in den Grenzregionen – muss noch umfassender gefördert werden.
- Zu einer **neuen China-Strategie** der EU erklärt das Plenum, dass eine Ratifikation des im Dezember 2020 vom Rat gebilligten Investitionsabkommens erst erfolgen könne, wenn China die Sanktionen gegen EU-Parlamentarier und -Institutionen aufgehoben habe. Bei globalen Themen wie dem Klimawandel oder Pandemien solle man mit China zusammenarbeiten, während die Menschenrechtsslage kontinuierlicher Überprüfung zu unterziehen sei. Für 5G und 6G sei Ausschau nach Partnern mit gleichen Werten zu halten und der Auswärtige Dienst solle gezielt chinesische Desinformation prüfen.
- Das EP fordert auch eine **neue Russland-Strategie** der EU. Der Rat solle ein Szenario für die mögliche demokratische Zukunft Russlands annehmen. Bis dahin müsse aber ein Bündnis aus gleichgesinnten Partnern für ein Gegengewicht aufgebaut, die Länder der „Östlichen Partnerschaft“ weiter unterstützt und die Energieabhängigkeit von Russland reduziert werden.
- **Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Polen:** Das Plenum verurteilt „auf das Schärfste“ den auch „Lex TVN“ genannten Gesetzentwurf, der es Unternehmen außerhalb des EWR untersagt, mehr als 49 % der Anteile an polnischen Radio- und Fernsehstationen zu halten. Dies zielt auf kritische Berichterstattung durch den US-amerikanischen Sender TVN 24 ab. Auch Verleumdungskampagnen gegen Richter, Journalisten und Politiker werden verurteilt. Die Situation der Rechtsstaatlichkeit habe sich im letzten Jahr verschlechtert. Polen solle den Vorrang des Unionsrechts nicht in Frage stellen.

Weitere wesentliche Inhalte bzw. Ergebnisse:

- **Reserveantibiotika:** Das Plenum hat einen Einwand des – auf strengere Kriterien dringenden – Umwelt- und Verbraucherschutz-Ausschusses gegen einen Vorschlag der Kommission für einen



Kriterienkatalog zur Bestimmung antimikrobieller Wirkstoffe, die der Behandlung beim Menschen vorbehalten bleiben müssen, abgelehnt.

- **Aktionsplan zur Abschaffung von Tierversuchen:** Die Abgeordneten fordern finanzielle Mittel zur Erforschung alternativer Testmethoden sowie die Minimierung von Schmerzen, Ängsten und sonstiger Leiden von Tieren, wenn deren Verwendung nicht vermieden werden kann.
- **Brexit-Anpassungsreserve:** Das Plenum billigt den Sonderfonds von 5 Mrd. € für die Bewältigung der Folgen des Brexit für Ausgaben zwischen dem 01.01.2020 und dem 31.12.2023. Größter Empfänger ist Irland mit ca. 1 Mrd. €, Deutschland erhält ca. 590 Mio. €.
- **EU-weite Anerkennung von Ehen und Partnerschaften,** die in einem Mitgliedstaat geschlossen wurden. Entsprechendes soll nach der Entschließung für die in einem Mitgliedstaat festgestellte Elternstellung gelten. In Bezug auf Polen und Ungarn fordert der Text Vertragsverletzungsverfahren und die Anwendung von „Haushaltsinstrumenten“ wegen Diskriminierung von LGBTQ-Personen.
- **Gleiche Rechte für Plattformarbeiter:** Mitarbeiter digitaler Plattformen wie z. B. Essenslieferdiensten sollen gleiche Rechte wie „traditionelle“ Arbeitnehmer haben. Zu diesem Zweck fordert das EP die Umkehr der Beweislast für das Nichtbestehen eines Arbeitsvertrags, da Plattformarbeiter oftmals fälschlich als Selbständige behandelt würden.
- **Reform der Blue Card:** Durch das Erfordernis des Nachweises eines Arbeitsvertrags von nur noch sechs Monaten (bisher zwölf) und die Absenkung der Gehaltsschwelle auf 100 % des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts (bisher 150) soll die Anstellung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger erleichtert werden.
- **Aufnahme „geschlechtsspezifischer“ Gewalt in Liste der EU-Straftaten:** Das EP bezweckt damit die Vorlage einer Richtlinie, in der Mindeststandards für die Verfolgung solcher Taten oder auch Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen für Opfer festgelegt werden könnten.
- **Fonds zur Unterstützung des EU-Beitritts** in Höhe von 14,2 Mrd. € bis 2027 für EU-bezogene Reformen in Albanien, Bosnien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei. Der Bezug der Gelder bedingt die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards.
- **Unterstützung für Flüchtlinge aus Afghanistan:** Die EU soll die Nachbarländer unterstützen und humanitäre Korridore einrichten, den gefährdetsten Personen sei aber Aufnahme in den Mitgliedstaaten zu gewähren; dazu soll es auch ein eigenes Visaprogramm für Frauen geben.

[Pressemitteilungen des EP](#)



Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2021

Am 15.09.2021 hielt Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* vor dem Europäischen Parlament ihre zweite Rede zur Lage der Union, bilanzierte darin die Erfolge des abgelaufenen Jahres und erläuterte, wie die Kommission die dringendsten Themen angehen wolle. Wesentliche Punkte der Rede waren:

- Der einzigartige Erfolg der EU bei der Impfstoffverteilung und -solidarität. Die Impfstoffkampagne müsse aber sowohl global als auch in der EU weiter vorangetrieben werden. Zudem werde mit der neuen Agentur HERA die Pandemie-Prävention gestärkt.
- Die Kommission werde ein Europäisches Halbleitergesetz vorschlagen, um die Abhängigkeit von Asien zu beenden. Es brauche zudem einen Fokus auf die Förderung digitaler Fähigkeiten.
- Verbot von Produkten, die durch Zwangsarbeit hergestellt wurden, im Binnenmarkt.
- Die Kommission werde eine Europäische Pflegestrategie vorschlagen.
- Es solle ein neues Programm, „ALMA“, zum Auslandsaustausch arbeitsloser Jugendlicher geben. Das Jahr 2022 solle das „Jahr der Jugend“ werden, die in der Pandemie so viele Opfer erbracht habe.
- Die Mittel für ärmere Staaten für einen gerechten Klimaübergang müssten erhöht werden.
- Aufstockung der Hilfe für Afghanistan; Schutz für gefährdete Personen; Unterstützung in der Region.
- Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion: kollektive Entscheidungsfindung, Verbesserung der Interoperabilität, Cyber-Fähigkeiten; Kommission werde einen Cyber Resilience Act vorschlagen.
- „Global Gateway“ als wertebasiertes Modell für wirtschaftliche Partnerschaften auf Augenhöhe.
- Rechtsstaatlichkeitsbericht wird ab 2022 konkrete Empfehlungen an Mitgliedstaaten enthalten.
- Kommission wird noch dieses Jahr Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorschlagen.
- 2022 wird die Kommission ein Medienfreiheitsgesetz vorlegen zur Unabhängigkeit der Medien.

[Rede zur Lage der Union 2021](#)

Europapolitiker *Weber* will Chef der Europäischen Volkspartei werden

Der bayerische Europaabgeordnete *Manfred Weber* verzichtet auf eine Kandidatur für das Amt des EU-Parlamentspräsidenten. Der CSU-Politiker will stattdessen Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) werden. Den EVP-Vorsitz hat derzeit der frühere EU-Ratspräsident und polnische Ex-Regierungschef *Donald Tusk* inne. Er kehrt in die polnische Innenpolitik zurück und will dort die Führung der größten Oppositionspartei (PO) übernehmen, um die Vorherrschaft der nationalkonservativen Regierungspartei PiS in seiner Heimat zu brechen. Die nächsten Parlamentswahlen in Polen sind offiziell für das Jahr 2023 angesetzt.

[Artikel in EURACTIV](#)



Eurobarometer-Umfrage: EU-Gelder nur für die Länder, die den Rechtsstaat respektieren

Am 10.09.2021 hat das Europäische Parlament die jüngste Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht. Danach sind sich 81 % der Befragten darin einig, dass nur diejenigen Mitgliedstaaten finanzielle Mittel der EU erhalten sollten, die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Werte achten und praktizieren. Selbst in Polen, dem EU-Staat mit der geringsten Zustimmung, befürworten dies 72 %. Betreffend das Wiederaufbaupaket i.H.v. 800 Mrd. € sind im Durchschnitt 60 % überzeugt, dass die Finanzmittel ihrem Land helfen werden, die wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Corona-Pandemie zu überwinden (zwischen 78 % in Malta und 49 % in Schweden, in Deutschland sind es 52 %). Gleichzeitig verneinen bzw. bezweifeln ernsthaft 41 % der Befragten, dass die nationalen Regierungen die zusätzlichen EU-Mittel auch ordnungsgemäß einsetzen werden (höchster Wert: Slowenien mit 68 %; in Deutschland sind es 36 %).

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

INSTITUTIONELLES

Strategische Vorausschau 2021: Stärkung der langfristigen Handlungsfähigkeit und -freiheit der EU

Die Kommission hat am 08.09.2021 ihre zweite jährliche strategische Vorausschau – „Die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU“ – angenommen. In dieser Mitteilung wird eine zukunftsorientierte und multidisziplinäre Perspektive zur offenen strategischen Autonomie der EU in einer zunehmend multipolaren und umstrittenen Weltordnung dargelegt. Die Kommission hat vier globale Haupttrends herausgefiltert, die Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und -freiheit der EU haben: Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen; digitale Hyperkonnektivität und technologischer Wandel; Druck auf Demokratie und Werte sowie weltpolitische Verschiebungen und Demografie. Ferner wurden zehn Hauptaktionsbereiche festgelegt, in denen die EU Chancen für ihre weltweite Führungsrolle und ihre offene strategische Autonomie nutzen kann (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Brexit: EU lehnt Nachverhandlungen zum Handelsabkommen mit Großbritannien ab

Die britische Regierung will erneut einseitig die Anwendung von Brexit-Regeln für den Handel zwischen Nordirland und dem Rest des Landes aufschieben. Das teilte Brexit-Minister *David Frost* am 06.09.2021 in einer Stellungnahme an das Oberhaus mit. Großbritannien will damit die Ende des Monats auslaufende „Gnadenfrist“ ein drittes Mal verlängern. Damit solle der Raum für laufende technische Gespräche mit der EU geschaffen werden. Ziel sei es, einen „konstruktiven Prozess“ zu erarbeiten, um Probleme anzugehen, die man im Nordirland-Protokoll identifiziert habe. In einer Stellungnahme der Kommission hieß es, es handle sich um ein internationales Abkommen, dem alle Seiten rechtlich verpflichtet seien. Weitere rechtliche Schritte wolle man aber vorerst nicht einleiten. Auch ein bereits laufendes Vertragsverletzungsverfahren solle vorerst nicht weiter



betrieben werden. Der Fokus liege darauf, praktische Lösungen für die Umsetzung des Protokolls zu finden. Eine von London geforderte Neuverhandlung der Vereinbarung schloss die Kommission erneut aus. Die Nordirland-Frage war bereits einer der größten Streitpunkte in den jahrelangen Brexit-Verhandlungen.

Das schließlich im vergangenen Jahr vereinbarte Protokoll soll durch weiterhin offene Grenzen den Frieden in Nordirland sichern. Zugleich soll aber sichergestellt werden, dass der EU-Binnenmarkt geschützt bleibt. Problematisch ist das Protokoll vor allem im Hinblick auf Lebensmittel tierischen Ursprungs. Die britische Presse taufte den Streit daher „Würstchenkrieg“.

[Artikel im Handelsblatt](#); [Artikel in EURACTIV](#)

Kommission und Außenbeauftragter stellen Strategie für indopazifischen Raum vor

Auf Basis des entsprechenden Auftrags des Rates vom 19.04.2021 hat die Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik am 16.09.2021 eine Strategie für den indopazifischen Raum vorgestellt. Demnach sollen mit Ländern der Region verstärkt Handelsabkommen ebenso wie „Grüne Allianzen“ für den Klimaschutz oder „Digitalpartnerschaften“ abgeschlossen werden.

Unter dem Programm „Horizont Europa“ sind Forschungsk Kooperationen geplant, konkret bereits mit Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Singapur. Weiter möchte die Kommission die Gesundheitssysteme in der Region unterstützen, die illegale Fischerei bekämpfen und mit der Abordnung von Schiffen einen Beitrag zur freien Seefahrt leisten. Es liegt nun an Rat und Parlament, die Strategie abzusegnen. Angesichts des am selben Tag verkündeten Vertrags zwischen den USA, Australien und Großbritannien zum Bau von U-Booten für Australien (verbunden mit der australischen Kündigung eines entsprechenden Vertrags mit dem daraufhin sehr verärgerten Frankreich) erklärte der Außenbeauftragte *Borrell*, die Strategie „komme zur rechten Zeit“.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

MEDIEN

Kommission legt Empfehlung zum Schutz von Journalisten vor

Wie im Aktionsplan für Demokratie im Dezember 2020 angekündigt, hat die Kommission am 16.09.2021 eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten zum Schutz von Journalisten vorgestellt. Vor dem Hintergrund der sich insoweit stetig verschlechternden Lage mit mehreren getöteten Journalisten in den letzten Jahren sollen die Mitgliedstaaten Kooperationsprotokolle zwischen Sicherheitsbehörden und Medienvertretern entwickeln zum Schutz der Letzteren, namentlich bei Demonstrationen. Beide Seiten sollen mit Trainings-Modulen geschult und „Eingreifmechanismen“ für juristischen Rat, psychologische Unterstützung oder Zuflucht geschaffen werden. Weiter soll die Zusammenarbeit zwischen Plattformen und Medienvertretern zur Bekämpfung von Online-Angriffen auf Journalisten gefördert werden.



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 14/2021 vom 20.09.2021**



Die Empfehlung ist nicht bindend, die Kommission will die Umsetzung aber für die nächsten Rechtsstaatlichkeitsberichte evaluieren und fordert die Mitgliedstaaten zudem auf, nach 18 Monaten über die Umsetzung zu berichten (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Der Rat hat am 30.08.2021 und 09.09.2021 erneut die Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten turnusgemäß überarbeitet. Während im Zuge der Überarbeitung vom 30.08.2021 bereits Israel, Kosovo, Libanon, Montenegro, Nordmazedonien und die USA von der Liste gestrichen wurden, folgte am 09.09.2021 die Entfernung von Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Brunei Darussalam, Japan und Serbien. Gegenüber früheren Fassungen ist die Positivliste damit deutlich verringert und umfasst nur noch die folgenden 16 Drittstaaten/Sonderverwaltungszone, aus denen eine Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen erlaubt sein soll: Australien, Bosnien und Herzegowina, Kanada, Jordanien, Neuseeland, Katar, Moldau, Saudi-Arabien, Singapur, Südkorea, Ukraine, Uruguay, China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit), Hongkong, Macau sowie Taiwan.

[Pressemitteilung des Rates vom 30.08.2021](#)

[Pressemitteilung des Rates vom 09.09.2021](#)

ASYL UND MIGRATION

Sondertreffen der EU-Innenminister zur Situation an der Grenze zu Belarus

Mit Blick auf die migrationspolitische Situation an den EU-Außengrenzen zu Belarus hielt die slowenische EU-Ratspräsidentschaft am 18.08.2021 eine außerordentliche Videokonferenz der EU-Innenminister ab. Die Minister bekundeten ihre Solidarität und sprachen sich dabei für zusätzliche Hilfen für die vom besonderen Migrationsdruck betroffenen Mitgliedstaaten Lettland, Litauen und Polen aus. Zusätzliche Experten sowie technische Ausrüstung sollten dorthin entsandt werden. Die „Versuche von Belarus, Menschen für politische Zwecke zu instrumentalisieren“, wurden von den EU-Innenministern erneut scharf verurteilt, so der slowenische Ratsvorsitzende *Hojs*. Auch EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* sprach in ihrer Rede zur Lage der Union am 15.09.2021 von einem „hybriden Angriff, um Europa zu destabilisieren“, und mahnte Fortschritte in den Verhandlungen zum neuen Asyl- und Migrationspakt an.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen wurde im Rahmen des Sondertreffens auch die Lage in Afghanistan thematisiert, der sich allerdings ein eigenes Sondertreffen am 31.08.2021 widmete (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der slowenischen Ratspräsidentschaft vom 18.08.2021](#)

[Statement der slowenischen Ratspräsidentschaft zu Belarus](#) (in englischer Sprache)



Sondertreffen der EU-Innenminister zur Lage in Afghanistan

Im Rahmen eines Sondertreffens in Brüssel tauschten sich die EU-Innenminister am 31.08.2021 zur Lage in Afghanistan und deren Auswirkungen auf die Bereiche Sicherheit und Migration aus. Gemäß der gemeinsamen Erklärung der EU-Innenminister werde die Evakuierung von EU-Bürgern und afghanischen Staatsangehörigen, die mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zusammengearbeitet haben, fortgesetzt. Die EU-Innenminister bekannten sich zur Sicherstellung humanitärer Hilfe in Afghanistan und den Nachbarländern sowie zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten, insbesondere den Nachbar- und Transitstaaten, die eine große Zahl von Migranten aufnehmen. In der gemeinsamen Erklärung wird die Kommission aufgefordert, den Aktionsplan für Afghanistan im Lichte der veränderten Umstände zu überarbeiten. Erneut unkontrollierte illegale Migrationsbewegungen großen Umfangs gelte es zu verhindern. Bedürftige sollten in erster Linie in der Region angemessenen Schutz erhalten. Die EU sei entschlossen, sicherzustellen, dass die Lage in Afghanistan nicht zu neuen Sicherheitsbedrohungen in der EU führt. Im Nachgang zeigte sich Präsident des Europäischen Parlaments *Sassoli* enttäuscht und kritisierte, dass die EU-Staaten vorerst keine Zusagen zur Aufnahme von Menschen aus Afghanistan machten. In ihrer Rede zur Lage der Union kündigte Kommissionspräsidentin *von der Leyen* am 15.09.2021 die baldige Vorlage eines „umfassenden Pakets zur Unterstützung Afghanistans“ an.

[Wesentliche Sitzungsergebnisse des Sondertreffens vom 31.08.2021](#)

[Gemeinsame Erklärung der EU-Innenminister zur Lage in Afghanistan vom 31.08.2021](#)

Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zu Afghanistan an: Visaprogramm für afghanische Frauen gefordert

In einer am 16.09.2021 angenommenen EntschlieÙung zu Afghanistan fordert das Europäische Parlament die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, zusammenzuarbeiten, um die Evakuierung von EU-Bürgern und gefährdeten Afghanen zu erleichtern, insbesondere durch die Nutzung sicherer Korridore. In der Resolution wird betont, dass der Großteil der afghanischen Flüchtlinge in erster Linie in den Nachbarländern Schutz suchen werde, weswegen eine Unterstützung dieser Länder notwendig sei. Jedoch bedürfe es auch einer eigenständigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik, die die Neuansiedlung für die am stärksten gefährdeten Personen sowie ein eigenes Visaprogramm für afghanische Frauen umfassen solle. Außerdem dürfe es nicht zu Rückführungen nach Afghanistan kommen. Die Kommission wird aufgefordert, einen Legislativvorschlag für Visa aus humanitären Gründen vorzulegen.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 16.09.2021](#)

[Angenommener Text](#)



Zahl der Anträge auf internationalen Schutz nähert sich allmählich dem Niveau vor der Pandemie

Laut Mitteilung von EASO vom 16.09.2021 wurden im Juli 2021 rd. 50.000 Anträge auf internationalen Schutz in der EU+ gestellt, deutlich mehr als im Juni (+ 8 %). Die häufigsten Herkunftsländer waren Syrien, Afghanistan, die Türkei, Pakistan und der Irak, wobei die Zahl der Anträge von Afghanen – den fünften Monat in Folge – auf rd. 7.300 anstieg und sich damit der Zahl der Anträge von Syrern annäherte (rd. 8.500). Die Gesamtzahl der Anträge im Juli war die höchste seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie und lag zum ersten Mal über 80 % des letzten Stands vor der Pandemie im Februar 2020.

[Pressemitteilung EASO vom 16.09.2021](#) (in englischer Sprache)

Legale Migration: Europäisches Parlament billigt Reform der Blue-Card-Richtlinie für hochqualifizierte Einwanderer

Nachdem die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) bereits am 17.05.2021 eine vorläufige politische Einigung zur Blue Card Richtlinie erzielt hatten (EB 09/21), nahm das EP am 15.09.2021 die Reform förmlich an, mit der neue Regeln für die Einreise und den Aufenthalt von hochqualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten festgelegt werden. Im Zuge der Überarbeitung werden u. a. die Gehaltsschwelle und Mindestdauer für einen Arbeitsvertrag gesenkt. Außerdem wird die Mobilität innerhalb der EU erleichtert: Inhaber einer Blue Card können nach zwölf Monaten Beschäftigung im ersten Mitgliedstaat auf der Grundlage vereinfachter Mobilitätsregeln in einen zweiten Mitgliedstaat umziehen. Die Reform muss nun auch förmlich vom Rat angenommen und im Amtsblatt veröffentlicht werden, bevor sie in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung des EP vom 15.09.2021](#)

Europäischer Rechnungshof legt Sonderbericht zu Rückführung und Rückübernahme irregulärer Migranten vor

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat in einem Sonderbericht vom 13.09.2021 zur Rückführung und Rückübernahme irregulärer Migranten festgestellt, dass die diesbezügliche Zusammenarbeit der EU mit Drittländern nicht effizient genug sei und die EU im Zeitraum 2015 - 2020 nur begrenzte Fortschritte bei den Verhandlungen über EU-Rückübernahmeabkommen erzielt habe. Seit 2008 werde jährlich eine halbe Million illegaler Migranten zur Ausreise aufgefordert, nicht einmal ein Fünftel komme dieser Aufforderung aber tatsächlich nach. Der ERH kritisierte neben dem Mangel an Synergien innerhalb der EU, wodurch bilaterale und/oder informelle Abkommen für manche Drittstaaten attraktiver seien als Rückübernahmeabkommen mit der EU, auch die in Bezug auf Vollständigkeit und Vergleichbarkeit mangelhafte Datenlage sowie die mangelhafte Schaffung struktureller Anreize für Drittländer zur Umsetzung ihrer Rückübernahmeverpflichtungen, wobei die größten Fortschritte im Bereich der Visumpolitik zu verzeichnen seien.



Basierend auf diesen Mängelfeststellungen enthält der Sonderbericht auch eine Reihe von Empfehlungen an die Kommission.

[Pressemitteilung des ERH vom 13.09.2021](#)

[Sonderbericht zur Zusammenarbeit der EU mit Drittländern bei der Rückübernahme](#)

EuGH urteilt zum subsidiären Schutz für Familienangehörige eines minderjährigen Schutzberechtigten

In der Rechtssache C-768/19 zum subsidiären Schutz für Familienangehörige eines minderjährigen Schutzberechtigten hat der EuGH am 09.09.2021 das Urteil erlassen. Dem liegt der Sachverhalt eines afghanischen Staatsangehörigen zugrunde, der die Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus begehrte. Seinem am 20.04.1998 geborenen Sohn, der bereits im Jahr 2012 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist war, wurde im Mai 2016 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt. Der Kläger reiste im Januar 2016 mit weiteren Kindern in das Bundesgebiet ein. Im Februar 2016 suchte er um internationalen Schutz nach. Sein förmlicher Asylantrag datiert vom 21.04.2016 (d. h. ein Tag nach Eintritt der Volljährigkeit des Sohnes). Im Dezember 2016 lehnte das Bundesamt den Antrag ab. Auf entsprechende Vorlagefragen des Bundesverwaltungsgerichts zum Begriff des „Familienangehörigen“ im Sinne des Art. 2 der Anerkennungsrichtlinie (2011/95) urteilte der EuGH, Art. 2 lit. j der Richtlinie 2011/95 sei dahin auszulegen,

1. dass für die Frage der „Minderjährigkeit“ auf den Zeitpunkt abzustellen sei, zu dem der Antragsteller – gegebenenfalls formlos – seinen Asylantrag eingereicht habe,
2. dass der Begriff „Familienangehöriger“ keine tatsächliche Wiederaufnahme des Familienlebens verlange,
3. dass die Rechte, über die die Familienangehörigen verfügen, und insbesondere die in den Art. 24 - 35 der Richtlinie genannten Leistungen nach Eintritt der Volljährigkeit für die Geltungsdauer des ihnen gemäß Art. 24 Abs. 2 der Richtlinie erteilten Aufenthaltstitels fortbestehen.

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-768/19](#)

EuGH urteilt zu einem Folgeantrag auf internationalen Schutz wegen bereits beim ersten Antrag existierenden, aber nicht vorgetragenen Grundes

In der Rechtssache C-18/20 hat der EuGH am 09.09.2021 das Urteil erlassen. Dem liegt der Sachverhalt eines irakischen Staatsangehörigen zugrunde, dessen Folgeantrag auf internationalen Schutz vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl in Österreich als unzulässig zurückgewiesen wurde, weil er auf Gründen beruhe, die bereits zur Zeit des rechtskräftig abgewiesenen ersten Antrags existiert hätten; konkret wurde erst der Folgeantrag auf seine Homosexualität gestützt. Der EuGH urteilte dahingehend, ein Folgeantrag auf internationalen Schutz dürfe nicht allein deshalb als unzulässig zurückgewiesen werden, weil er auf Umstände gestützt sei, die bereits zur Zeit des Verfahrens über den ersten Antrag existierten. Die Prüfung eines



Folgeantrags könne grundsätzlich im Rahmen der Wiederaufnahme des ersten Antragsverfahrens vorgenommen werden, wobei die Wiederaufnahme u. a. davon abhängig gemacht werden könne, dass der Antragsteller ohne eigenes Verschulden nicht in der Lage war, die neuen Elemente bereits im früheren Verfahren vorzubringen. Dagegen dürfe eine solche Wiederaufnahme nicht – wie nach österreichischem Recht – davon abhängig gemacht werden, dass der Folgeantrag binnen einer bestimmten Frist gestellt wurde.

[Pressemitteilung des EuGH vom 09.09.2021](#)

VISAPOLITIK

Kommission legt Bericht über Erfüllung der Anforderungen für Visumfreiheit durch die westlichen Balkanländer und die Länder der Östlichen Partnerschaft vor

Am 04.08.2021 legte die Kommission ihren vierten Bericht zur Überwachung der Erfüllung der EU-Regelung zur Visumfreiheit durch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sowie Georgien, Moldau und die Ukraine vor. Danach erfüllen alle betreffenden Länder nach wie vor die Anforderungen für die Visaliberalisierung, ebenso erzielten alle Fortschritte bei der Umsetzung der letztjährigen Empfehlungen. Gleichzeitig werden in dem Bericht Bereiche aufgezeigt, in denen von jedem Land weitere Anstrengungen erforderlich sind. So müssten sich beispielsweise mehrere Länder weiterhin mit dem Problem unbegründeter Asylanträge ihrer Bürger befassen, auch seien weitere Verbesserungen in den Bereichen Grenzmanagement und Migrationssteuerung erforderlich. Insbesondere in Bosnien und Herzegowina gebe die Aufnahmekapazität Anlass zur Sorge.

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.08.2021](#)

POLIZEIANGELEGENHEITEN

Kommission legt Empfehlung zum Schutz von Journalisten vor

Vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt gegen Journalisten – über 900 Angriffe in Form von Körperverletzungen, Beleidigungen, Inhaftnahmen und Sachbeschädigungen allein im Jahr 2020 – legte die Kommission am 16.09.2021 eine Empfehlung zum besseren Schutz von Journalistinnen und Journalisten vor. Sie enthält einerseits allgemeine Empfehlungen wie die konsequente Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung, ggf. unter Einbeziehung von Europol und Eurojust, sowie die Förderung einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Justizbehörden, Journalisten und Medieneinrichtungen im Rahmen von „Koordinationszentren“. Aufgrund besonderer Gefahrenlage enthält die Empfehlung aber auch konkrete Einzelvorschläge in den besonderen Bereichen Demonstrationen – als Ort, an dem Journalisten am häufigsten angegriffen werden –, Online-Sicherheit sowie weibliche bzw. Minderheiten angehörende Journalistinnen und Journalisten. Die Kommission wird im Rahmen von Evaluierungen eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte vornehmen und im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit weiterhin die Sicherheit von



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 14/2021 vom 20.09.2021



Journalisten in allen Mitgliedstaaten analysieren (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission vom 16.09.2021](#)

[Empfehlung der Kommission zum besseren Schutz von Journalisten](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

COVID-19

Kommission veröffentlicht aktualisierte Leitlinien zur Nutzung digitaler COVID-19-Zertifikate im Luftverkehr

Am 22.07.2021 hat die Kommission aktualisierte Leitlinien zur Nutzung digitaler COVID-19-Zertifikate (EU DCC) im Luftverkehr vorgelegt. Erste Leitlinien wurden bereits am 28.06.2021 veröffentlicht (EB 12/21). Nachdem die Passagierzahlen während der Sommersaison steigen werden, kommt es zu einem erhöhten Prüfaufwand für diese freiwilligen Zertifikate. Aktuell hängt es von den Abflugs-, Transit- und Ankunftsorten ab, wie häufig die Passagiere kontrolliert werden. Ein koordinierter Ansatz würde dazu beitragen, erhöhte Wartezeiten an den Flughäfen zu vermeiden. Um Doppelarbeit zu vermeiden, empfiehlt die Kommission einen harmonisierten Verifizierungsprozess aus einer Hand vor dem Abflug („One-Stop“-System), der eine Zusammenarbeit zwischen Behörden, Flughäfen und Fluggesellschaften umfasst. Nach Empfehlung der Kommission sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Überprüfung so früh wie möglich erfolgt, vorzugsweise bevor der Passagier am Abflughafen ankommt. Mit der Überprüfung des Zertifikats sei keine vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen gerechtfertigt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Aktualisierte Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

Kommission beschließt Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen

Am 23.07.2021 hat die Kommission eine Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen für den Winterflugplan vom 31.10.2021 - 27.03.2022 beschlossen. Bereits am 15.02.2021 hatte der Rat die Änderung der befristeten Verordnung 95/93 zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen angenommen (EB 04/21). Während Fluggesellschaften normalerweise 80 % der zugeteilten Zeitnischen für Starts und Landungen bedienen müssen, um diese für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel), wurde dieser Schwellenwert auf 50 % gesenkt. Die Kommission geht davon aus, dass das Luftverkehrsaufkommen in der Wintersaison nur 70 % des Niveaus von 2019 erreichen wird. Die Kommission kann daher bis zum 21.02.2022 delegierte Rechtsakte erlassen, um mit einer Anpassung der Mindestnutzungsrate zwischen 30 % und 70 % flexibel auf Schwankungen des Flugverkehrsaufkommens reagieren zu können und Leerflüge zu vermeiden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates vom 15.02.2021](#)

[Verordnung 95/93](#) (in englischer Sprache)



KLIMA

Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Klimaverträglichkeit von Infrastrukturprojekten

Am 29.07.2021 hat die Kommission technische Leitlinien zur Sicherung der Klimaverträglichkeit von Infrastrukturprojekten im Zeitraum 2021 - 2027 veröffentlicht. Die Leitlinien sollen dazu beitragen, dass Klimaaspekte bei künftigen Infrastrukturprojekten, wie Eisenbahnstrecken, Brücken und Bauwerken, durchgängig berücksichtigt werden. Dabei werden Grundsätze und ein Verfahren für die Ermittlung, Klassifizierung und Bewältigung von Klimarisiken bei der Planung, Entwicklung, Durchführung und Überwachung von Infrastrukturprojekten vorgeschlagen. Das Verfahren gliedert sich in zwei Säulen, die Aspekte zur Eindämmung des Klimawandels und zur detaillierten Analyse berücksichtigen. Es wird beispielsweise empfohlen, die Wärmetoleranz von Bahngleisen eher an die künftig prognostizierten Höchsttemperaturen als an die historischen Durchschnittswerte anzupassen. Die Dokumentation soll insbesondere bei der Begründung von Investitionsentscheidungen eine zentrale Rolle spielen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Technische Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Kommission unterstützt 68 Verkehrsinfrastrukturstudien mit über 242 Mio. €

Am 15.07.2021 hat die Kommission 68 Studien zur Vorbereitung von Verkehrsprojekten für eine Förderung mit 242,2 Mio. € aus der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) vorgeschlagen. Die Projekte sollen insbesondere den Übergang zu intelligenten und nachhaltigen Verkehrsnetzen beschleunigen. Der Schwerpunkt liegt auf 37 Projekten (181,4 Mio. €) zum Ausbau der grenzüberschreitenden Eisenbahninfrastrukturverbindungen in den transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V). Hierzu zählen u. a. Planungen zum Fehmarnbelt-Tunnel zwischen Dänemark und Deutschland (6,5 Mio. €) sowie Studien zum Ausbau des Bahnknotens Hamburg (1,3 Mio. €) und Frankfurt (3 Mio. €). Zudem sollen 14 Projekte (17,5 Mio. €) bei der Bewältigung von Kapazitätsproblemen und zum Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Binnenschifffahrt sowie 17 Projekte (43,5 Mio. €) in Seehäfen dienen, wie die Anbindung des Hafens Hamburg an das Hinterland (1,5 Mio. €). Nach der Genehmigung der ausgewählten Projekte durch die EU-Mitgliedstaaten wird die Kommission über die EU-Agentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) Fördervereinbarungen mit den Begünstigten schließen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EU-Agentur CINEA](#) (in englischer Sprache)

[Liste der Förderprojekte](#) (in englischer Sprache)

[Gesamte Projektliste für Deutschland](#) (in englischer Sprache)



Europäische Investitionsbank führt Konsultation zur Darlehenspolitik im Verkehrssektor durch

Bis zum 29.10.2021 führt die Europäische Investitionsbank (EIB) eine öffentliche Konsultation zu ihrer Finanzierungs- und Darlehenspolitik im Verkehrssektor durch. Die Darlehensvergabe soll sich künftig stärker an ökologischen Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Zudem werden die Sicherheit, Effizienz und Zugänglichkeit des Verkehrs Eckpfeiler für die Darlehenspolitik darstellen. Als politische Leitlinie soll der Klimaschutzfahrplan der EIB und die EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität dienen. Die letzte öffentliche Konsultation der EIB in diesem Bereich war im Jahr 2011. Der Fragebogen unterteilt sich in neun Kapitel, u. a. mit Fragen zur städtischen Mobilität, zum außerstädtischen Schienen- und Straßenverkehr sowie zur Binnenschifffahrt und zum Flugverkehr. Die überarbeitete Strategie der EIB wird voraussichtlich im ersten Quartal 2022 veröffentlicht.

[Pressemitteilung der EIB](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSPOLITIK

Kommission führt Konsultation zum Notfallplan für den Verkehr durch

Bis zum 26.10.2021 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Notfallplan für den Güter- und Personenverkehr in Situationen wie der COVID-19-Pandemie durch. Parallel hierzu können Anmerkungen zum entsprechenden Fahrplan bis zum 28.09.2021 gemacht werden. Ziel ist es, den Verkehrssektor besser auf solche Ereignisse vorzubereiten und die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes zu erhalten. Dabei werden auch Maßnahmen wie bevorzugte Fahrspuren („Green Lanes“), das Passagier-Lokalisierungsformular (PLF), das Netzwerk nationaler Kontaktstellen sowie die Leitlinien für Verkehrsunternehmen und Passagiere bewertet. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in eine Mitteilung der Kommission einfließen, die voraussichtlich im vierten Quartal 2021 vorgelegt wird.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission startet die Fahrt des Sonderzugs „Connecting Europe Express“

Am 02.09.2021 hat die Kommission die Abfahrt des Sonderzugs „Connecting Europe Express“ (CEE) vom Bahnhof Lissabon bekanntgegeben (EB 09/21). Der Zug wird während seiner fünfwöchigen Reise mehr als 20.000 km zurücklegen und in mehr als 100 Städten halten, bevor er am 07.10.2021 in Paris ankommt. Ziel ist es, die Rolle des Schienenverkehrs für den Personen- und Güterverkehr hervorzuheben sowie die Konnektivität in Europa zu verbessern. Damit soll auch ein Beitrag zum Europäischen Jahr der Schiene 2021 geleistet werden. Deutschland wird der EU-Sonderzug erstmals am 26.09.2021 erreichen.

Von Tschechien kommend wird der Zug über Schwandorf und Regensburg nach München fahren (geplante Ankunft am Münchener Hauptbahnhof: 16.40 Uhr) und dort bis zum Morgen des 27.09.2021 bleiben.



Die Weiterfahrt ist dann über Ulm nach Stuttgart geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hinweis des StMB](#)

[Hintergrundinformationen zum Europäischen Jahr der Schiene 2021](#) (in englischer Sprache)

BAUEN UND WOHNEN

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Juni 2021 in der EU

Am 18.08.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Juni 2021 in der EU veröffentlicht (EB 12/21). Danach stieg diese in der EU-27 gegenüber Juni 2020 um 3,5 %. Die Bautätigkeit nahm im Hochbau um 3,8 % und im Tiefbau um 2,6 % zu. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Ungarn (+27,7 %), Rumänien (+10,2 %) und Österreich (+10,0 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Spanien (-10,6 %), Deutschland (-1,6 %) und Belgien (-0,6 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)

Kommission verleiht Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus – Projekt aus Rosenheim unter den Gewinnern

Am 16.09.2021 verlieh die Kommission aus über 2.000 Einsendungen 20 Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus (EB 08/21). Bereits einen Tag zuvor hatte die Kommission ihre Mitteilung zum Abschluss der Gestaltungsphase zum Neuen Europäischen Bauhaus veröffentlicht (siehe Bericht des StMWK in diesem EB). Aus Deutschland kamen zwei Gewinner. In der Kategorie Neue Europäische Bauhauspreise 2021 wurden zehn bestehende Projekte mit 30.000 € prämiert. Im Architekturbereich gewann RoSana aus Rosenheim. Das Gästehaus für Ayurveda Anwendungen wurde im Einklang mit der Natur und der gebauten Umwelt gestaltet, um den Menschen eine gesunde Umgebung zu bieten. Dabei stand auch Bauen mit gesunden Materialien wie Holz und Lehm im Vordergrund. Weitere zehn Preise wurden mit 15.000 € in der Kategorie der Jungen Talente prämiert. Hier gewann aus Berlin das Projekt Klasse Klima. Ziel der Universität der Künste Berlin ist es, eine von Studierenden geleitete Seminarreihe zu Nachhaltigkeit und Wandel in der ästhetischen Bildung mit einem internationalen Netzwerk anderer Kunsthochschulen in Europa aufzubauen. Auch künftig sollen Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus für Vorzeigeprojekte und innovative Ideen jährlich verliehen werden.

[Veröffentlichung der Bauhauspreise](#) (in englischer Sprache)

[Mitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

EuGH verhandelt zu den deutschen Regelungen der Vorratsdatenspeicherung

Am 13.09.2021 verhandelte die große Kammer des EuGH zu den deutschen Regelungen der Vorratsdatenspeicherung (Rs. C-793/19, C-794/19) sowie zu einem Fall aus Irland, in dem es um die Verwertbarkeit von Beweisen geht, die aufgrund von Vorratsdatenspeicherung gewonnen werden konnten (Rs. C-140/20). Vorgelegt hatten die Verfahren das Bundesverwaltungsgericht sowie der irische Supreme Court. Der EuGH hatte zuletzt in den Urteilen vom 06.10.2020 (La Quadrature du Net u.a.) seine bisherige Linie aufrechterhalten, wonach eine allgemeine unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten grundsätzlich nicht mit EU-Recht zu vereinbaren sei. Allerdings ließ er erstmals Ausnahmen in Fällen einer konkreten und ernststen Bedrohung für die nationale Sicherheit sowie hinsichtlich der Speicherung von IP-Adressen zu. Nun wurde am 13.09.2021 erneut grundsätzlich über das Instrument der Vorratsdatenspeicherung verhandelt. Deutschland selbst argumentierte in Luxemburg damit, dass die deutschen Regelungen – die derzeit faktisch ausgesetzt sind – dem Modell einer gezielten Vorratsdatenspeicherung folgen und daher keine grundsätzlich verbotene allgemeine und unterschiedslose Speicherung darstellen. Denn sowohl die gespeicherten Daten als auch der betroffene Personenkreis seien begrenzt. Die Mitgliedstaaten betonten vor dem EuGH erneut, dass das Instrument der Vorratsdatenspeicherung für die Bekämpfung schwerer Kriminalität unabdingbar und alternativlos sei. Mit einer Entscheidung des EuGH wird im Frühjahr 2022 gerechnet. Der Generalanwalt wird seinen Schlussantrag am 18.11.2021 vorlegen.

Polnische Disziplinarkammer: Kommission beantragt Zwangsgeld

Am 07.09.2021 beantragte die Kommission vor dem EuGH die Verhängung von Zwangsgeld gegen Polen, da die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts in Polen trotz der einstweiligen Anordnung des EuGH vom 14.07.2021 (Rs. C-204/21 R) weiterhin tätig sei. Zudem übermittelte die Kommission am selben Tag im Sanktionsverfahren nach Art. 260 Abs. 2 AEUV ein Schreiben an Warschau, da Polen nach Auffassung der Kommission dem EuGH Urteil vom 15.07.2021 (Rs. C-791/19) nicht nachkommt. In diesem Urteil hatte der EuGH entschieden, dass die polnischen Rechtsvorschriften über die Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts gegen Unionsrecht verstoßen (siehe EB 13/21). Zwar habe Polen angekündigt, die Disziplinarkammer in ihrer derzeitigen Form auflösen zu wollen. Nach Ansicht der Kommission habe es Polen jedoch versäumt, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Urteils zu ergreifen. Sollte die Antwort Polens den Anforderungen der Kommission nicht genügen, kann sie den EuGH erneut anrufen und die Verhängung von Zwangsgeld und/oder Pauschalbeträge beantragen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Europäisches Parlament kritisiert weitere Verschlechterung der Medienfreiheit und der Rechtstaatlichkeit in Polen

Am 16.09.2021 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) eine Entschließung mit 502 zu 149 Stimmen bei 36 Enthaltungen an, in dem die Abgeordneten die weitere Verschlechterung der Medienfreiheit und der Rechtstaatlichkeit in Polen mit deutlichen Worten verurteilen. Die Abgeordneten kritisieren „auf das Schärfste“ den vom Sejm verabschiedeten Gesetzesentwurf, der auch als „Lex TVN“ bezeichnet wird. Sie sind der Ansicht, es handele sich dabei um einen Versuch, „diejenigen zum Schweigen zu bringen, die kritische Inhalte verbreiten“ und bewerten ihn als „unmittelbaren Angriff auf den Medienpluralismus“. Auch verurteilen sie Verleumdungskampagnen gegen Richter, Journalisten und Politiker, einschließlich des Einsatzes von sog. SLAPP-Klagen (strategic lawsuits against public participation). Ferner zeigen sie sich zutiefst besorgt darüber, dass die staatlichen Stellen Polens „unlängst vorsätzlich und systematisch gegen Urteile und Anordnungen des EuGH im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben“ sowie in Bezug auf die Zusammensetzung und Organisation des „illegitimen Verfassungsgerichtshofs und der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts“. Auch bekräftigen sie den Vorrang des Unionsrechts und fordern den Ministerpräsidenten Polens auf, „seinen bei dem illegitimen Verfassungsgerichtshof anhängigen Antrag zurückzuziehen, die Verfassungsmäßigkeit bestimmter Teile der EU-Verträge zu überprüfen“.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung](#)

Geschlechtsspezifische Gewalt soll in den Katalog der „EU-Straftaten“ aufgenommen werden

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) nahm am 16.09.2021 mit 427 zu 119 Stimmen bei 140 Enthaltungen einen legislativen Initiativbericht an, in dem gefordert wird, „geschlechtsspezifische Gewalt“ in die EU-Straftatenliste des Art. 83 Abs. 1 UA 2 AEUV aufzunehmen. Für eine Erweiterung der EU-Straftatenliste ist ein einstimmiger Beschluss des Rates mit Zustimmung des EP notwendig. Für die dort genannten Kriminalitätsbereiche könnte die Kommission dann – in einem zweiten Schritt – Legislativvorschläge mit Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen vorlegen. In dem legislativen Initiativbericht fordern die Abgeordneten, die erweiterte EU-Straftatenliste als Grundlage für eine Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt (online wie offline) zu nutzen, die sich am Schutzniveau der Istanbul-Konvention orientiert. Diese soll insbesondere folgende Elemente enthalten: Präventionsmaßnahmen einschließlich geschlechtssensibler Bildungsprogramme; Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt; Unterstützung, Schutz- und Wiedergutmachungsmaßnahmen für Opfer; Mindeststandards für die Strafverfolgung; Bestimmungen, die sicherstellen, dass geschlechtsspezifische Gewalt bei Entscheidungen zum Sorgerecht und des Umgangsrechts für Kinder berücksichtigt werden. Während ihrer Rede zur Lage der Union am 15.09.2021 hatte Kommissionspräsidentin *von der Leyen* bereits angekündigt, dass die Kommission bis Ende des Jahres ein



Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorschlagen werde (siehe auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Zum Text der Resolution](#)

Dialog der nationalen Verfassungsgerichte und des EuGH

Am 02./03.09.2021 trafen sich Richterinnen und Richter der nationalen Verfassungsgerichte in der EU sowie die Mitglieder des EuGH zu einer Konferenz in Riga, Lettland. Eingeladen hatte das lettische Verfassungsgericht sowie der EuGH. Die Teilnehmer tauschten sich dort zu den gemeinsamen Verfassungstraditionen und den nationalen Verfassungsidentitäten aus. Ziel war es, ein gemeinsames Verständnis für die künftige Zusammenarbeit zu entwickeln und die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU zu stärken. Dabei sollte es auch darum gehen, wie der Dialog zwischen den Gerichten institutionalisiert werden kann.

[Zum Programm der Konferenz](#) (in englischer Sprache)

[Zur Broschüre der Konferenz](#) (in englischer Sprache)

EuGH urteilt zu Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen

Am 09.09.2021 urteilte der EuGH zum Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen (verbundene Rechtssachen C-33/20, C-155/20, C-187/20). Vorgelegt hatte die Verfahren das Landgericht Ravensburg. Es ging um die Frage, ob Autokreditverträge noch Jahre nach Vertragsabschluss (teilweise nach vollständiger Tilgung) wirksam widerrufen werden können. Der EuGH hatte in diesem Zusammenhang über die Auslegung der Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkreditverträge zu entscheiden. Dabei ging es zum einen um die erforderlichen Angaben im Kreditertrag. Zum anderen darum, ob sich der Kreditgeber auf den Einwand der Verwirkung oder den Einwand des Rechtsmissbrauchs gegenüber der Ausübung des Widerrufsrechts berufen kann. Der EuGH entschied nun insbesondere, dass genaue Prozentsätze bei Verzugszinsen sowie die Berechnungsmethode einer bei vorzeitiger Rückzahlung fälligen Entschädigung in dem Vertrag in einer „leicht nachvollziehbaren Weise“ angegeben werden müssen. Ferner könne sich der Kreditgeber gegenüber der Ausübung des Widerrufsrechts weder auf den Einwand der Verwirkung noch auf den Einwand des Rechtsmissbrauchs berufen, wenn solch zwingende Angaben im Vertrag fehlten. Dies gelte, so der EuGH weiter, unabhängig davon, ob die Verbraucher von ihrem Widerrufsrecht Kenntnis hatten.

[Urteil des EuGH](#)

EuStA schließt Arbeitsvereinbarungen mit Kommission und Europäischem Rechnungshof

Im Juni bzw. September schloss die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) Arbeitsvereinbarungen mit der Kommission und dem Europäischen Rechnungshof. In den jeweiligen Arbeitsvereinbarungen werden die



Bedingungen für eine enge Kooperation zum Schutz der finanziellen Interessen der EU festgelegt. Dazu gehört insbesondere ein enger Informationsaustausch. Die EuStA hat bereits Arbeitsvereinbarungen mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Europol und Eurojust geschlossen. Eine Arbeitsvereinbarung mit der Europäischen Investitionsbank wird derzeit noch verhandelt.

[Pressemitteilung EuStA zur Arbeitsvereinbarung mit der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung EuStA zur Arbeitsvereinbarung mit dem Europäischen Rechnungshof](#) (in englischer Sprache)

Vorabentscheidungsersuchen einer Staatsanwaltschaft unzulässig

Am 02.09.2021 wies der EuGH ein von der Staatsanwaltschaft Trient eingereichtes Vorabentscheidungsersuchen als unzulässig ab (Rs. C-66/20). Denn die Staatsanwaltschaft übe keine Rechtsprechungsfunktion aus. Sie sei folglich kein „Gericht“ im Sinne von Art. 267 AEUV. Im zugrunde liegenden Fall wollte die Staatsanwaltschaft Trient vom EuGH geklärt haben, ob ein deutsches Finanzamt, das nach § 399 AO selbständig Ermittlungen durchführt, eine Europäische Ermittlungsanordnung erlassen kann, ohne sie validieren zu lassen. Diese Frage blieb jedoch unbeantwortet.

[Urteil des EuGH](#)

Europäisches Gericht gewährt Zugang zu Abschlussbericht von OLAF

Das Europäische Gericht (EuG) erklärte am 01.09.2021 die Entscheidung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) für nichtig, keinen Zugang zum Abschlussbericht über seine Untersuchung zu einem mit finanzieller Beteiligung der EU in Ungarn durchgeführten Straßenbeleuchtungsprojekten zu gewähren. Denn OLAF könne sich nicht mehr auf das Ziel des Schutzes der eigenen Untersuchungstätigkeiten berufen, wenn die Untersuchungen bereits abgeschlossen seien. Gegen die Entscheidung kann binnen zweier Monate ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim EuGH eingelegt werden.

[Pressemitteilung](#)

[Zum Urteil](#) (T-517/19)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

KULTUR

Mitteilung der Kommission zum Europäischen Bauhaus

Am 15.09.2021 hat die Kommission eine Mitteilung zur Initiative des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) angenommen und veröffentlicht. Das NEB soll den Europäischen Green Deal um eine kulturelle und kreative Dimension ergänzen und eine Brücke schlagen zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen sowie Kunst und Kultur auf der anderen Seite.

Mit der Mitteilung will die Kommission nach der ersten sog. „Design-Phase“, bei der in den vergangenen Monaten Ideen und Konzepte gesammelt wurden (EB 02/21), jetzt die nächste Phase der Realisierung einläuten.

Dabei werden eine Vielzahl von Vorhaben und Maßnahmen angekündigt, die die Ideen und Ziele des NEB verwirklichen helfen sollen, u. a.:

- New European Bauhaus Lab: dabei handelt es sich um einen „Think and Do Tank“, also ein hochrangiges Diskussionsforum mit Partnern, unterstützten Projekten und allen Interessierten, die zur konkreten Umsetzung der Initiative beitragen können und wollen. Im Rahmen des Labs werden gemeinsam Instrumente, Lösungen und politische Maßnahmen entwickelt und getestet, die den Wandel vor Ort erleichtern.
- Ausschreibung für fünf innovative Demonstrationsprojekte: Diese sollen als „Leuchtturmprojekte“ beispielhaft die konkrete Umsetzung des NEB darstellen und den Wandel vor Ort anstoßen. Die erste Ausschreibung wird Ende September gestartet und bis zum 25.01.2022 laufen.
- New European Bauhaus Festival: Dieses soll sowohl als Diskussionsforum als auch als Messe für Ideen und Projekte dienen. Die erste Ausgabe im Frühjahr 2022 wird in Brüssel stattfinden.
- New European Bauhaus Preise: Mit diesen sollen herausragende Ideen und Beispiele im Sinne des NEB ab jetzt jährlich ausgezeichnet werden. Die ersten Preise wurden schon in 2021 ausgelobt und am 16.09.2021 vergeben (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).
- Förderung eines günstigen Innovationsumfelds: die Kommission will die Voraussetzungen schaffen, dass die unverzichtbaren Innovationen zur Umsetzung der nachhaltigen Transformation begünstigt werden. Hierfür soll z. B. das Horizont Europa-Programm nutzbar gemacht werden.

Darüber hinaus wird die Kommission die Mitgliedstaaten auffordern, die zentralen Werte des Neuen Europäischen Bauhauses in ihren Strategien für die territoriale und sozioökonomische Entwicklung anzuwenden.



Zur Finanzierung der Maßnahmen stellt die Kommission rund 85 Mio. € für die Jahre 2021/2022 zur Verfügung. Die Mittel stammen aus Horizont Europa, dem LIFE-Programm für Umwelt- und Klimapolitik sowie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum NEB](#)

[Mitteilung der Kommission im Volltext](#)

FORSCHUNG

Europäischer Forschungsrat veröffentlicht Zahlen zur Ausschreibung für die Advanced Grants

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 03.09.2021 die Zahlen zu der am 31.08.2021 beendeten Ausschreibung für die nächsten Advanced Grants bekanntgegeben. Demnach gingen in der aktuellen Runde insgesamt 1.735 Bewerbungen ein. Dies bedeutet einen sehr starken Rückgang um 35 % im Vergleich zum vorangegangenen Jahr, das allerdings eine historisch hohe Anzahl von Einreichungen zu verzeichnen hatte. Da das Budget mit 626 Mio. € bei voraussichtlich 250 Grants nicht geschmälert wird, geht diese Entwicklung auch mit erheblich höheren Erfolgchancen für die Bewerber einher (rund 14,5 % der Einreichungen werden demnach erfolgreich sein).

Die ausgewählten Forschungsprojekte werden im Mai 2022 verkündet.

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Informelle Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister am 06.09.2021

Am 06.09.2021 fand eine [informelle Ratstagung der EU-Wirtschafts- und Finanzminister](#) (ECOFIN) im Rahmen einer Videokonferenz statt. Zentrales Thema waren weitere Durchführungsbeschlüsse zu den Aufbau- und Resilienzplänen (ARP) der Mitgliedstaaten.

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und befassten sich mit weiteren Durchführungsbeschlüssen des Rates zu den ARP der Mitgliedstaaten ([Irland](#), [Tschechien](#)). Die positive Bewertung dieser [Aufbaupläne](#) durch die Kommission wurden von den Ministern begrüßt. Die Annahme der entsprechenden Durchführungsbeschlüsse erfolgte anschließend im schriftlichen Verfahren.

[COVID-19-Pandemie: Reaktion der EU](#) (Hintergrundinformationen)

Informelle Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister am 10./11.09.2021

Am 10./11.09.2021 fand eine informelle [Ratstagung der EU-Wirtschafts- und Finanzminister](#) (ECOFIN) in Brdo pri Kranju (deutsch: Egg bei Krainburg, Slowenien) statt.

- Dabei thematisierten die Minister die Regulierung des Finanzsektors und die Ausgewogenheit zwischen der Finanzstabilität und der Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft. Sie stellten fest, dass die Bewältigung des Klimawandels und die Sicherung der Finanzierung nachhaltiger Projekte bei gleichzeitiger Wahrung der finanziellen Stabilität in den kommenden Jahren die zentrale Aufgabe darstellen werde. Ziel sei es, potentielle Risiken zu verringern.

Hierbei ging es auch um die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion nach 2022 – solange sind die EU-Fiskalregeln voraussichtlich außer Kraft gesetzt. Einige Staaten warnen vor einem Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion zur Schuldenunion und einer massiven Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die gemeinsame Schuldenaufnahme beim Corona-Aufbaufonds „Next GenerationEU“ solle einmalig bleiben. Man müsse nach der Krise zu nachhaltiger Budgetpolitik zurückkehren. Essentiell sei hierbei die Frage, wie die EU-Staaten zur Haushaltsdisziplin zurückkehren, ohne das Wirtschaftswachstum zu gefährden. Andere Stimmen hingegen fordern, die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer echten Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion weiterzuentwickeln.

- Die Minister erörterten Simulationen von Haushaltsszenarien für die Gewährleistung eines widerstandsfähigen Aufschwungs und ausreichenden Spielraums für künftige Investitionen.
- Anschließend fand eine allgemeine Aussprache zum Thema Besteuerung statt. Die Minister diskutierten über die zukünftige Besteuerung und künftige Steueränderungen für mehr Gleichheit und Solidarität zwischen den Staaten. Hierbei ging es schwerpunktmäßig um die Mitteilung der Kommission



zur „Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert“ aus Mai 2021 und die auf das digitale Zeitalter zugeschnittene Reform der Unternehmensbesteuerung, auf die sich die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der G20-Gruppe der am stärksten entwickelten Länder im Sommer einigten. Die Mitgliedstaaten haben sich zu einer weiteren Koordinierung verpflichtet, um ein endgültiges Abkommen auf globaler Ebene zu erreichen. Bisher stellen sich drei EU-Mitgliedstaaten gegen das Vorhaben (Irland, Estland und Ungarn).

- Weiteres Thema war die Möglichkeiten der Steuerung von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds (IWF) an gefährdete Länder. Der IWF hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die von den Ministern erörtert wurden.

Tagung der Euro-Gruppe: Wirtschaftslage im Euro-Raum u. a.

Am 10.09.2021 fand die [Tagung der Euro-Gruppe](#) in Brdo pri Kranju (deutsch: Egg bei Krainburg, Slowenien) statt.

Die Minister diskutierten die wirtschaftliche Lage im Euro-Währungsgebiet. Die Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC)) *Dr. Andrea Ammon* informierte die Minister über die epidemiologische Lage. Anschließend führten die Minister einen Gedankenaustausch mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (ECON-Ausschuss) *Irene Tinagli*. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass die politischen Bemühungen auf Unionsebene zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung von der Pandemie erfolgreich waren. Gleichzeitig stünden weiterhin große Herausforderungen, nicht nur pandemischer Natur, bevor. Hierbei müsse das Ziel sein, ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen, nicht nur eine wirtschaftliche Erholung.

Anschließend befassten sich die Minister mit der Bewältigung der uneinheitlichen Auswirkungen von COVID-19. Hierbei betrachteten sie sowohl die bisherigen Erfahrungen als auch mittelfristige mögliche Folgen für das Euro-Währungsgebiet. Die Euro-Gruppe beriet darüber, welche Lehren aus den uneinheitlichen Auswirkungen von COVID-19 in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Regionen zu ziehen sind.

Die Minister diskutierten auch über die Situation in Bezug auf die [Zahlungsfähigkeit der Unternehmen im Euro-Währungsgebiet](#) und potentielle Maßnahmen zur Erleichterung der Unternehmensumstrukturierung und der wirtschaftlichen Anpassung im Euro-Währungsgebiet in der Zeit nach der COVID-19-Krise. U. a. thematisierten die Minister die Herausforderungen sowohl bei der Einführung als auch beim Wiederabbau von unterstützenden Maßnahmen für den Unternehmenssektor. Man kam überein, auch künftig den Solvabilitäts- und Umstrukturierungsbedarf im Unternehmenssektor im Blick zu behalten. Hierdurch soll die wirtschaftliche Erholung unterstützt werden. Diskutiert wurde über spezifische Erfordernisse eines entsprechenden Monitorings.



Zudem wurden die Minister durch die EZB über die Entscheidung zum Start der Untersuchungsphase für das Projekt „digitaler Euro“ im Juli 2021 informiert.

Im Anschluss an die Pressekonferenz zur Tagung der Euro-Gruppe fand die Zeremonie zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen der Kommission, dem Präsidenten der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* und Kroatien mit Blick auf die für 2023 geplante Einführung des Euro in Kroatien statt. Dieses erlaubt es Kroatien, mit der Prägung der Euromünzen zu beginnen.

[Digitales Finanzwesen](#) (Hintergrundinformationen)

[Die internationale Rolle des Euro](#) (Hintergrundinformationen)

EU-HAUSHALT

Kommission zahlt 2,25 Mrd. € als Vorfinanzierung an Deutschland

Am 26.08.2021 hat die Kommission 2,25 Mrd. € als Vorfinanzierung [an Deutschland ausgezahlt](#) und damit 9 % der Mittel, die das Land insgesamt aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) erhalten soll. Dies entspricht dem Vorfinanzierungsbetrag, den Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan beantragt hat.

Mit der Vorfinanzierung können die wichtigen Investitions- und Reformvorhaben angestoßen werden, die Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan skizziert hat.

Weitere Auszahlungen wird die Kommission ausgehend davon genehmigen, wie die im deutschen Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Investitionen und Reformen umgesetzt werden. Während der Laufzeit des Plans soll Deutschland insgesamt 25,6 Mrd. € erhalten.

Annahme des Rahmens für Grüne Anleihen (NextGenerationEU Green Bond framework)

Die Kommission hat [am 07.09.2021](#) in Vorbereitung der geplanten Ausgabe von grünen Anleihen im Umfang von bis zu 250 Mrd. € bis zum Jahr 2026 im Rahmen von NextGenerationEU den [Rahmen für Grüne Anleihen](#) (NextGenerationEU Green Bond framework) angenommen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die aufgebrachten Mittel in grüne Projekte fließen. Auch eine Berichtspflicht der Kommission über deren Umweltauswirkungen ist vorgesehen.

Daneben hat die Kommission den im Juni 2021 veröffentlichten Finanzierungsplan im Rahmen von NextGenerationEU überprüft und bestätigt, dass bis Ende 2021 insgesamt rund 80 Mrd. € an langfristigen Anleihen („EU-Bonds“) ausgegeben werden sollen. Hinzukommen sollen kurzfristige EU-Anleihen („EU-Bills“) in zweistelliger Milliardenhöhe.

Eine erste Emission grüner Anleihen durch die Kommission ist für Oktober 2021 geplant, wenn die Marktbedingungen geeignet sind. Die ersten EU-Bills sollen ab dem 15.09.2021 ausschließlich über die Auktionsplattform der EU ausgegeben werden.



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

EuGH-Urteil: Nulltarif-Optionen verstoßen gegen Unionsrecht

Der EuGH hat am 02.09.2021 entschieden, dass sog. „Nulltarif-Optionen“ von Anbietern von Internetzugangsdiensten gegen die Verordnung über den Zugang zum offenen Internet verstoßen. Zwei deutsche Gerichte legten dem EuGH die Frage vor, ob es mit dem Unionsrecht vereinbar sei, dass ein Anbieter von Internetzugangsdiensten die Bandbreite limitiert bzw. Tethering oder Roaming einschränkt, wenn der Kunde eine „Nulltarif-Option“ wählt. Der EuGH kam in seiner Entscheidung zu der Auffassung, dass die Geschäftspraxis bei den „Nulltarif-Optionen“ gegen die in der Verordnung über den Zugang zum offenen Internet festgelegte Pflicht verstößt, den Verkehr ohne Diskriminierung und Störung gleich zu behandeln.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-854/19](#)

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-5/20](#)

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-34/20](#)

Staatliche Beihilfen: Urteil des EuGH zum Nürburgring

Der EuGH hat am 02.09.2021 entschieden, dass die Kommission erneut prüfen muss, ob der 2014 erfolgte Verkauf des Nürburgrings mit der Gewährung einer staatlichen Beihilfe verbunden war. Er hebt damit die Urteile des Europäischen Gerichts (EuG) auf und erklärt den Beschluss der Kommission für nichtig. Im Übrigen wies der EuGH die Rechtsmittel zurück.

Im Rahmen von Rechtsmitteln entschied der EuGH, dass die Kommission im Jahr 2014 zu Unrecht ohne Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens befunden hat, dass die am Ende eines Vergabeverfahrens erfolgte Veräußerung der Vermögenswerte des Nürburgrings nicht mit der Gewährung einer staatlichen Beihilfe verbunden gewesen sei. Hiergegen wurden bei der Kommission Beschwerden eingelegt, in denen geltend gemacht wurde, das Vergabeverfahren sei nicht offen, transparent, diskriminierungs- und bedingungsfrei gewesen und habe nicht dazu geführt, dass die Vermögenswerte des Nürburgrings zu einem marktgerechten Preis verkauft worden seien. Dies stelle aus Sicht der Beschwerdeführer eine staatliche Beihilfe dar.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-647/19 P](#)

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-665/19 P](#)



Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Maßnahmen zur Unterstützung der Deutschen Bahn

Die Kommission hat am 10.08.2021 eine mit 550 Mio. € ausgestattete Maßnahme Deutschlands zur Unterstützung der Deutsche Bahn AG (DB) nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Durch die Unterstützung soll die DB einen Ausgleich für die durch die COVID-19-Pandemie im internationalen Reiseverkehr entstandenen Schäden erhalten. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Regelung zur Förderung von Bussen mit alternativen Kraftstoffen

Die Kommission hat am 07.09.2021 eine deutsche Beihilfe zur Förderung der Beschaffung von Bussen mit alternativen Antrieben in Höhe von 1,75 Mrd. € genehmigt. Die Regelung wird teilweise über die Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert. Gefördert werden soll die Anschaffung von batteriebetriebenen, brennstoffzellen- und biomethanbetriebenen Bussen, der Bau einer privaten Lade- und Tankstelleninfrastruktur und Umweltstudien zum Einsatz solcher Busse. Die Maßnahmen werden in Form von nicht rückzahlbaren Direktzuschüssen gewährt, wobei die Begünstigten in einem Rahmen eines offenen und transparenten Ausschreibungsverfahrens ausgewählt werden. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Konsultation zur Überwachung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

Die Kommission hat am 07.09.2021 eine öffentliche Konsultation zu einem delegierten Rechtsakt zur Überwachung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge eingeleitet. Durch den delegierten Rechtsakt sollen die Vorschriften für die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen geändert und die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, auch Angaben zur Anzahl der Antriebsachsen zu machen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 05.10.2021.

[Zur Initiative](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Folgenabschätzung der Kommission für sichere weltraumgestützte Konnektivität

Die Kommission hat am 26.08.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase für eine geplante Verordnung für sichere weltraumgestützte Konnektivität veröffentlicht. Unternehmen, Behörden und die Allgemeinheit sollen besser vor Cyber- und hybriden Bedrohungen geschützt werden durch eine zuverlässige,



kosteneffiziente und hochsichere Konnektivität für staatliche und kommerzielle Kommunikation, kritische Infrastrukturen, externe Maßnahmen, Krisenmanagement, Telemedizin, See- und Luftraumüberwachung, auch in Afrika und der Arktis, sowie flächendeckende Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen in der gesamten EU für einen voll funktionierenden Binnenmarkt. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 23.09.2021.

[Zur Initiative](#)

AUßENWIRTSCHAFT

EU-USA: Start des Handels- und Technologierats

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und US-Präsident *Joe Biden* nannten am 09.09.2021 erste Details für das für den 29.09.2021 geplante erste Treffen in Pittsburgh, Pennsylvania. Dies geschah in Folge der Eröffnung des Trade und Technology Council (TTC) auf dem EU-US-Gipfel im Juni 2021.

Die zehn Arbeitsgruppen des TTC werden sich mit unterschiedlichen international bedeutenden Themen befassen, u. a. Zusammenarbeit bei Technologiestandards, globale Handels-herausforderungen und Sicherheit der Lieferketten, Klimafragen, Digitalisierungsherausforderungen insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Exportkontrollen und Investitionskontrollen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Verbot von Exportkrediten für Kohlekraftwerke zur Stromversorgung: Diskussionen auf OECD-Ebene

Die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) berieten am 15./16.09.2021 über ein Verbot von Exportkrediten für Kohlekraftwerke zur Stromversorgung. Hierzu hat die EU gemeinsam mit Kanada, der Republik Korea, Norwegen, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten einen Vorschlag vorgelegt. Hierdurch sollen u. a. die Tätigkeiten der Exportkreditagenturen mit den Pariser Klimazielen in Einklang gebracht werden.

Der Rat hatte im Januar 2021 einen weltweiten Ausstieg aus umweltschädlichen Subventionen für fossile Brennstoffe gefordert. Die Kommission hatte im Rahmen ihrer Mitteilung zur Überprüfung der EU-Handelspolitik im Februar 2021 (EB 04/21) bekräftigt, sich für eine Einstellung der Unterstützung der Kohlestromindustrie einzusetzen und keine Anreize für weitere Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte in Drittländern auf Basis fossiler Brennstoffe zu schaffen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-ASEAN: Gemeinsame Erklärung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Im Rahmen eines virtuellen Treffens am 14.09.2021 zwischen Exekutiv-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis* und den Wirtschaftsministern des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) betonten diese in einer gemeinsamen Erklärung sich für ein offenes und regelbasiertes multilaterales Handelssystem einzusetzen.



Hinsichtlich eines künftigen ASEAN-EU-Freihandelsabkommens sollen weitere Fortschritte erzielt werden. Des Weiteren billigten die Teilnehmer das ASEAN-EU-Arbeitsprogramm für Handel und Investitionen 2020-2021. Die EU war im Jahr 2020 der zweitgrößte Handelspartner der ASEAN-Staaten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung EU-ASEAN](#) (in englischer Sprache)

EU-China: Europäisches Parlament nimmt Bericht zu den Beziehungen zwischen der EU und China an

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben im Rahmen der Plenartagung am 16.09.2021 einen Bericht für eine neue Strategie der EU im Umgang mit China angenommen (siehe auch Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB). Hierbei betonten sie u. a. die strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und China, allerdings könne der Ratifizierungsprozess des umfassenden Investitionsabkommens erst dann beginnen, wenn China die Sanktionen gegen Mitglieder des EP und anderer EU-Institutionen aufhebe. Zudem sei es aus Sicht der Abgeordneten wichtig, mit gleichgesinnten Partnern globale Standards für 5G- und 6G-Technologien zu entwickeln. Unternehmen, die die Sicherheitsstandards nicht erfüllen, müssen ausgeschlossen werden.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Zum angenommenen Text](#)

Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Neue Regelungen in Kraft

Am 09.09.2021 ist die Verordnung über den Handel mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck in Kraft getreten. Durch die neuen Regelungen werden die Kontrollen des Handels mit Gütern, Materialien, Software und Technologien, die sowohl militärischen als auch zivilen Zwecken dienen können, verschärft. Dies soll der Gewährleistung sicherer Lieferketten für strategische Güter und dem Schutz der Menschenrechte dienen. Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament und Kommission hatten hierzu am 09.11.2021 eine politische Einigung erzielt (EB 18/20). Die Veröffentlichung der Verordnung im EU-Amtsblatt erfolgte am 11.06.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Jahresbericht über die Handelsschutzmaßnahmen der Kommission im Jahr 2020

Die Kommission hat am 30.08.2021 ihren 39. Jahresbericht über die Tätigkeit der EU im Bereich des handelspolitischen Schutzes im Jahr 2020 veröffentlicht. Ende 2020 waren in der EU 150 handelspolitische Schutzmaßnahmen in Kraft, darunter 128 Antidumping-, 19 Antisubventions- und 3 Schutzmaßnahmen. Dies entspricht dem Aktivitätsniveau der Vorjahre, allerdings stieg die Zahl der eingereichten Fälle gegen Ende des Jahres 2020. Erstmals befasste sich die Kommission auch mit einer neuen Art von Subventionen, die von



Drittstaaten in Form von grenzüberschreitender finanzieller Unterstützung gewährt werden, insbesondere aus China.

Die meisten Handelsschutzmaßnahmen der EU betreffen Einfuhren aus China (99 Maßnahmen), dahinter liegen Russland (9 Maßnahmen), Indien (7 Maßnahmen) und die Vereinigten Staaten (6 Maßnahmen). Aufgrund der COVID-19-Pandemie waren Kontrollbesuche vor Ort nicht mehr möglich, daher waren einige Änderungen im praktischen Ablauf erforderlich.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[39. Jahresbericht über die Tätigkeit der EU im Bereich des handelspolitischen Schutzes](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Änderung der Blocking-Verordnung

Die Kommission hat am 09.09.2021 eine öffentliche Konsultation zur Änderung der Blocking-Verordnung eingeleitet. Mit dieser Verordnung sollen Drittländer wirksamer vor rechtswidrigen extraterritorialen Sanktionen gegen Wirtschaftsteilnehmer aus der EU abgeschreckt und solchen Sanktionen stärker begegnet werden. Die Überarbeitung der Verordnung wurde in der Mitteilung „Das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem: Mehr Offenheit, Stärke und Resilienz“ im Januar 2019 angekündigt. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 04.11.2021.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

ENERGIE

EuGH-Urteil: Keine ordnungsgemäße Umsetzung des Energiebinnenmarktpakets in Deutschland

Der EuGH hat am 02.09.2021 entschieden, dass Deutschland die Elektrizitätsrichtlinie und die Erdgasrichtlinie nicht ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt hat. Er folgt damit der Auffassung der Kommission, die gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hatte. Die Umsetzung durch das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sei in einigen Punkten nur unzureichend erfolgt, u. a. innerhalb des Anwendungsbereichs und bei der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur.

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-718/18](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe

Am 09.09.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zum Thema Klimawandel – Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe vorgelegt. Ziel der Initiative ist es, die Entwicklung nachhaltiger Lösungen zur Reduzierung, Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlendioxid zu unterstützen. Die CO₂-Speicherung in Wäldern durch landwirtschaftliche Verfahren oder technische Lösungen wird eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 spielen, da dadurch die am schwierigsten zu beseitigenden Emissionen aus der Landwirtschaft, dem Luftverkehr oder bestimmten Industriezweigen ausgeglichen werden können. Mit der Initiative wird ein Aktionsplan zur Förderung einer klimaeffizienten Landwirtschaft und zur Entwicklung eines Rechtsrahmens für die Zertifizierung der Speicherung von Kohlendioxid vorgeschlagen. Bis 07.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Fahrplan](#)

Strategische Vorausschau 2021 mit Megatrend Klimawandel und anderen ökologischen Herausforderungen

Am 08.09.2021 hat die Kommission ihre jährliche strategische Vorausschau mit dem Titel „Die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU“ veröffentlicht. Sie umfasst die Analyse von Szenarien und die Ermittlung von Trends und neuen Herausforderungen, um fundiertere Entscheidungen in der EU treffen zu können. Mit der jährlichen strategischen Vorausschau soll das Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger für Megatrends und neue Entwicklungen geschärft werden. In der strategischen Vorausschau wurden vier globale Trends ermittelt, die sich in den kommenden Jahrzehnten am stärksten auf Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU auswirken werden:

- (1) Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen,
- (2) Digitale Hyperkonnektivität und technologischer Wandel,
- (3) Druck auf Demokratie und Werte und
- (4) Weltpolitische Verschiebungen und Demografie.

Folgende 10 Aktionsbereiche werden identifiziert: 1. Gewährleistung nachhaltiger und krisenfester Gesundheits- und Lebensmittelsysteme, 2. Sicherung von CO₂-freier und erschwinglicher Energie, 3. Kapazitätsausbau in den Bereichen Datenverwaltung, künstliche Intelligenz und Spitzentechnologien, 4. Sicherung und Diversifizierung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, 5. Gewährleistung einer globalen Vorreiterrolle bei der Normensetzung, 6. Aufbau krisenfester und zukunftssicherer Wirtschafts- und



Finanzsysteme, 7. Entwicklung und Erhaltung von Kompetenzen und Talenten, die unseren Zielvorstellungen entsprechen, 8. Ausbau der Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten und Zugang zum Weltraum, 9. Zusammenarbeit mit globalen Partnern zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand für alle, 10. Krisentauglichere Institutionen (siehe hierzu auch Beitrag unter Europapolitische Schwerpunkte).

[Strategische Vorausschau 2021](#) (in englischer Sprache)

[Website zur strategischen Vorausschau](#) (in englischer Sprache)

Kommission leitet Konsultation zur Überwachung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge ein

Am 07.09.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zum Thema Überwachung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge – neue Anforderung zur Meldung der Anzahl der Antriebsachsen eingeleitet. Die EU-Länder müssen der Kommission Informationen über die CO₂-Emissionen und den Kraftstoffverbrauch schwerer Nutzfahrzeuge vorlegen, damit diese die Fortschritte bei der Erreichung der CO₂-Reduktionsziele der EU überwachen kann. Mit dieser Initiative werden die Vorschriften der EU für die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge geändert und die EU-Länder werden aufgefordert, auch Angaben zur Anzahl der Antriebsachsen zu machen. Dies wird dazu beitragen, die von den EU-Ländern gemeldeten Informationen mit den von den Herstellern gemeldeten Informationen abzugleichen, und damit den Verwaltungsaufwand verringern. Bis 05.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

Kommission leitet Konsultation zur Aktualisierung der Berichterstattung im Rahmen der Klärschlammrichtlinie ein

Am 30.08.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zur Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft – Aktualisierung der Berichterstattung im Rahmen der Klärschlammrichtlinie – eingeleitet. Die EU-Vorschriften sollen sicherstellen, dass die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft weder der Umwelt, den Tieren noch den Menschen schadet. Mit dieser Initiative wird die Berichterstattung der EU-Länder vereinfacht und aktualisiert. Ab 2022 müssen die Mitgliedstaaten Geodaten über die Verwendung von Klärschlamm erheben sowie andere Informationen sammeln und ihre Berichte jährlich bis Ende August des Folgejahres veröffentlichen. Bis 27.09.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)



VERBRAUCHERSCHUTZ

Europäisches Parlament lehnt Einwand gegen Entwurf der Kommission zur Festlegung der Kriterien zur Verwendung von Reserveantibiotika ab

Am 15.09.2021 hat das Europäische Parlament einen Einwand des ENVI-Ausschusses gegen die delegierte Verordnung der Kommission für einen Kriterienkatalog zur Bestimmung antimikrobieller Wirkstoffe, die der Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen vorbehalten bleiben müssen, mit 450 zu 204 Stimmen bei 32 Enthaltungen abgelehnt. Hintergrund ist die EU-Tierarzneimittel-Verordnung (EU) 2019/6, nach der bis Anfang 2022 Kriterien für Antibiotika zu erstellen sind, mit dem Ziel, die Behandlungsmöglichkeiten beim Menschen zu erhalten. Der Umweltausschuss hatte den hierzu vorgelegten Vorschlag der Kommission, der u. a. mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und Weltgesundheitsorganisation (WHO) erarbeitet wurde, am 13.07.2021 abgelehnt und schärfere Kriterien gefordert. Auf Grundlage der im Entwurf festgelegten Kriterien wird die Kommission nun in einem zweiten Schritt einen Durchführungsrechtsakt erstellen, der die Liste der Antibiotika enthält, die nicht für die Verwendung bei Tieren zugelassen werden sollen.

[Entwurf der delegierten Verordnung der Kommission](#)

Kommission leitet Konsultation zur Änderung des Katalogs für Einzelfuttermittel ein

Am 09.09.21 hat die Kommission eine Konsultation zum Verordnungsentwurf zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 68/2013 über den Katalog der Futtermittel-Ausgangserzeugnisse veröffentlicht. Mit dem aktualisierten EU-Katalog der Einzelfuttermittel werden die Vermarktungsnormen für die große Mehrzahl der Einzelfuttermittel auf dem EU-Markt entsprechend der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung auf den neuesten Stand gebracht. Diese aktualisierte Fassung wird Vorschriften und Spezifikationen für neue Einträge enthalten. Damit soll die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ unterstützt werden, insbesondere die Verwendung nachhaltigerer Einzelfuttermittel. Bis 07.10.21 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

Kommission leitet Konsultation zu Aufzeichnungen und Erklärungen von Unternehmen der ökologischen Landwirtschaft ein

Am 03.09.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung in Bezug zu ökologischer Landwirtschaft – Aufzeichnungen und Erklärungen der Unternehmer (Spezifikationen) – eingeleitet. Nach den neuen EU-Vorschriften für die ökologische Landwirtschaft müssen Unternehmer Aufzeichnungen führen, um sicherzustellen, dass die Behörden die vorbeugenden Maßnahmen, die Rückverfolgbarkeit und die Massenbilanz kontrollieren können.

Mit dieser Initiative werden die Spezifikationen für diese Aufzeichnungen festgelegt, einschließlich Einzelheiten zu den Erklärungen, die die Unternehmer den amtlichen Kontrollbehörden bezüglich ihrer ökologischen



Erzeugung vorlegen müssen. Bis 01.10.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Konsultation](#)

EuGH urteilt zu Widerrufsrecht bei Verbraucherkreditverträgen

Der EuGH hat mit Urteil vom 09.09.2021 in den verbundenen Verfahren zum Widerruf eines Autokreditvertrags lange nach seiner Unterzeichnung (Rechtssachen C-33/20 Volkswagen Bank, C-155/20 Volkswagen Bank und C-187/20 BMW Bank und Volkswagen Bank) die Verbraucherrecht gestärkt. Im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens zur Auslegung der Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkreditverträge führt der EuGH insbesondere aus, dass Kreditverträge in klarer und prägnanter Form abzufassen sind. Insbesondere müssen als zwingende Angaben eines Kreditvertrags Verzugszinsen in Form eines konkreten Prozentsatzes und einer konkreten Beschreibung des Mechanismus der Anpassung des Verzugszinssatzes enthalten sein. Die Darstellung der Berechnungsmethode muss für einen Durchschnittsverbraucher, der nicht über Fachkenntnisse im Finanzbereich verfügt, leicht verständlich beschrieben werden. Anhand der Angaben soll es dem Verbraucher möglich sein, den Verzugszinssatz auf der Grundlage der Angaben im Kreditvertrag selbst zu berechnen. Auch muss die Häufigkeit der Änderung des Basiszinssatzes angegeben werden. Der Kreditgeber kann den Widerruf nicht unter Berufung auf EU-Recht als verwirkt oder rechtsmissbräuchlich ablehnen, wenn eine zwingend vorgeschriebene Angabe fehlt und auch nicht nachträglich ordnungsgemäß mitgeteilt wurde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Verbraucher von seinem Widerrufsrecht Kenntnis hatte. Zudem sind alle dem Verbraucher zur Verfügung stehenden außergerichtlichen Beschwerde- oder Rechtsbehelfsverfahren, die damit ggf. verbundenen Kosten sowie die weiteren Anforderungen zur wirksamen Nutzung dieser Rechtsmittel anzugeben (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Urteil EuGH Rechtssache C-33/20](#)

[Urteil EuGH Rechtssache C-155/20](#)

[Urteil EuGH Rechtssache C-187/20](#)

Kommission leitet Konsultation zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien ein

Am 09.08.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien eingeleitet. Für die Umsetzung des Grünen Deals enthält die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit eine Reihe von Maßnahmen, die eine gezielte Überarbeitung der Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung chemischer Stoffe und Gemische erfordern. In einer Folgenabschätzung werden verschiedene Optionen für eine Überarbeitung analysiert. Auf Grundlage der Ergebnisse wird die Kommission Vorschläge für eine Überarbeitung sowohl des verfügbaren Teils als auch der Anhänge dieser Verordnung vorlegen. Mit dieser Konsultation sollen Meinungen zur Überarbeitung der CLP-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen) von verschiedenen Interessenträgern sowie Bürgerinnen und



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 14/2021 vom 20.09.2021



Bürgern eingeholt werden. Zweck dieser gezielten Überarbeitung ist es, die sichere Verwendung von Chemikalien in der EU zu verbessern und die bestehenden CLP-Vorschriften zu vereinfachen. Die Beteiligung daran ist bis 15.11.2021 möglich.

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Agrarausschuss stimmt GAP zu

Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments (AGRI) billigte am 09.09.2021 die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Die Dossiers, die im vergangenen Juni informell vom portugiesischen Ratsvorsitz und den Verhandlungsführern des Parlaments vereinbart wurden, aktualisieren die drei EU-Gesetze (Strategieplan-VO, Horizontale VO und Gemeinsame Marktordnung), die die GAP 2023 - 2027 regeln werden.

Die Grünen haben geschlossen alle drei Verordnungen abgelehnt; Teile der S&D haben gegen die Strategieplan-VO bzw. die Horizontale VO gestimmt.

Die Verordnungen müssen vom Plenum noch gebilligt werden, voraussichtlich während der Novembersitzung.

Die überarbeiteten Texte der Sprachjuristen werden voraussichtlich im Oktober vorgelegt. Dann wird es auch Gelegenheit für die Mitgliedstaaten geben, sich gemeinsam mit den Sprachjuristen über die Sprachfassungen zu unterhalten.

Damit können die Rechtstexte frühestens Ende November (oder erst Anfang Dezember) im Amtsblatt veröffentlicht werden. Forderungen nach einer Verschiebung des Stichtags zur Vorlage der Strategiepläne kam die Kommission bislang nicht nach.

[AGRI nimmt GAP an](#) (in englischer Sprache)

[Abstimmungsergebnisse](#) (in englischer Sprache)

Agrar- und Umweltausschuss nehmen Bericht zur Farm to Fork-Strategie an

Die Abgeordneten des AGRI- und ENVI-Ausschusses haben am 10.09.2021 den Bericht zur Farm to Fork-Strategie (F2F) mit 94 Stimmen, 20 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

Sie begrüßen die von der Kommission im Mai 2020 vorgelegte Strategie, die sie für wichtig halten, um den europäischen Verbrauchern eine faire, tierfreundliche, gesunde, qualitativ hochwertige und erschwingliche Ernährung anzubieten.

Es bestehe ein Bedarf an mehr Nachhaltigkeit in allen Stufen der Lebensmittelkette, und jeder, vom Landwirt bis zum Verbraucher, müsse seinen Beitrag leisten. Eine Verlagerung des Konsums hin zu einer gesünderen Ernährung sei erforderlich.

Die F2F-Strategie beinhaltet die Ausweitung des ökologischen Landbaus, verbindliche Reduktionsziele für den Pflanzenschutzmittel-/Düngereinsatz, die Verbesserung des Schutzes von Bestäubern sowie die Überprüfung und Anpassung von Tierschutzstandards.



Die Landwirte sollen einen fairen Anteil am Gewinn nachhaltig erzeugter Lebensmittel erwirtschaften können. Außerdem müssen die Ernährungssysteme der EU den CO₂-Fußabdruck verringern und gleichzeitig Ernährungssicherheit gewährleisten und zu einer gesünderen Ernährung beitragen. Treibhausgasemissionen müssen reduziert und natürliche Kohlenstoffspeicher ausgebaut werden.

Die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge sind anzupassen, um eine nachhaltige Lebensmittelproduktion zu fördern, einschließlich traditioneller und typischer Lebensmittel mit geografischen Angaben.

Die Abgeordneten sind davon überzeugt, dass Junglandwirte eine Schlüsselrolle bei der Bewirtschaftung des Übergangs zu einer nachhaltigen Landwirtschaft spielen werden.

Der Bericht über die F2F-Strategie wird voraussichtlich im Oktober im Plenum diskutiert und angenommen.

[AGRI und ENVI nehmen Bericht zur F2F an](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament lehnt Einwand gegen Entwurf der Kommission zur Festlegung der Kriterien zur Verwendung von Reserveantibiotika ab

Das Europäische Parlament hat am 15.09.2021 einen Einwand des ENVI-Ausschusses gegen einen Vorschlag für eine delegierte Verordnung der Kommission für einen Kriterienkatalog zur Bestimmung antimikrobieller Wirkstoffe, die der Behandlung beim Menschen vorbehalten bleiben müssen, abgelehnt. Die zuvor von der EVP eingebrachten Änderungsanträge sind bis auf einen alle angenommen worden.

In Folge wird die Kommission auf Grundlage der im Entwurf festgelegten Kriterien einen Durchführungsrechtsakt erstellen, der die Liste der Antibiotika enthält, die nicht für die Verwendung bei Tieren zugelassen werden dürfen. Hintergrund ist die neue EU-Tierarzneimittel-Verordnung, nach der bis Anfang 2022 Kriterien für Antibiotika zu erstellen sind mit dem Ziel, die Behandlungsmöglichkeiten beim Menschen zu erhalten. Der Umweltausschuss hatte den hierzu vorgelegten Vorschlag der Kommission abgelehnt und schärfere Kriterien gefordert (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Abstimmungsergebnis ENVI-Resolution Reserveantibiotika](#) (siehe S. 8)

Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister tagten vom 05.09. bis 07.09.2021 in Slowenien.

Sie führten einen Meinungsaustausch zum Thema „Stärkung des Dialogs zwischen Stadt und Land“ und forderten eine Neudefinition der gesellschaftlichen Rolle des ländlichen Raums, der in seiner gesamten Vielfalt unterstützt werden müsse.

Neben Kommissar *Wojciechowski* und den Ministerinnen und Ministern der Mitgliedstaaten äußerten sich auch der Vorsitzende des AGRI-Ausschusses des Europäischen Parlaments (AGRI), *Norbert Lins*, die Vorsitzenden des Ausschusses der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen (COPA), des Allgemeinen



Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften (COGECA) und des Europäischen Rates der Junglandwirte (CEJA), sowie *Prof. Juvančič* von der Universität Ljubljana. Der Ausschuss der Regionen war per Videobotschaft zugeschaltet.

In den Beiträgen wurden die Herausforderungen, vor denen die ländlichen Räume stehen, deutlich umrissen. Besonders in den abgelegenen ländlichen Gebieten seien erhebliche Verbesserungen in der Infrastruktur, bei Dienstleistungen, in der Digitalisierung und dem Gesundheits- und Bildungswesen nötig. Die ländlichen Räume hätten gleichzeitig eine hohe Bedeutung für die Versorgung mit Nahrungsmitteln, die Ausgestaltung des Green Deal und die Abfederung des Klimawandels.

Die Landwirtschaft und damit die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stünden hier besonders im Fokus; allerdings sei eine Vernetzung mit anderen Politiken und v. a. den Kohäsionsfonds nötig. Hier sollte lokal und partizipatorisch gehandelt werden, wie beispielsweise mit dem Förderinstrument LEADER.

[Informelle Tagung Agrarrat in Slowenien](#)

Kommission legt Bericht über Handel mit Erzeugnissen der Agrar- und Lebensmittelbranche 2020 vor

Die Kommission hat am 08.09.2021 den Bericht über den Handel mit Erzeugnissen der Agrar- und Lebensmittelbranche im Jahr 2020 vorgelegt.

2020 konnte die EU ihre führende Position unter den größten Exporteuren von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen der Welt weiter ausbauen. Sie ist zudem inzwischen der drittgrößte Importeur weltweit. In beiden Bereichen war im Vergleich zu 2019 ein geringfügiges Wachstum von 1,4 % bzw. 0,5 % zu verzeichnen. Der Agrar- und Lebensmittelhandel der EU erreichte einen Gesamtwert von 306 Mrd. € (davon 184 Mrd. € Ausfuhren und 122 Mrd. € Einfuhren).

Die Ausfuhren aus der EU umfassen eine breite Produktpalette (vom Rohstoff bis zu Lebensmitteln mit hohem Verarbeitungsgrad) und betreffen die gesamte Wertschöpfungskette.

Die Einfuhren in die EU hingegen werden eindeutig von landwirtschaftlichen Lebens- und Futtermittelerzeugnissen dominiert, die auf etwa 75 % aller Einfuhren entfallen.

Die Ausfuhren von Schweinefleisch und Weizen haben erheblich zum Anstieg der Agrar- und Lebensmittelausfuhren beigetragen.

Im Jahr 2020 war das Vereinigte Königreich der wichtigste Handelspartner der EU im Agrar- und Lebensmittelsektor.

Der internationale Handel hat entscheidend zur Abfederung der verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beigetragen und sich als zentrales Element zur Stärkung der Resilienz erwiesen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht über den Handel mit Erzeugnissen der Agrar- und Lebensmittelbranche im Jahr 2020](#) (in englischer Sprache)



Kommission legt Bericht zur Herkunftskennzeichnung von Fleisch vor

Die Kommission hat am 10.08.2021 einen Bericht über die Umsetzung und die Auswirkungen der obligatorischen Angabe des Ursprungslandes oder des Herkunftsortes bei Fleisch vorgelegt.

Die obligatorische Angabe des Herkunftslandes ermöglicht eine aussagekräftige Information der Verbraucher über die Herkunft von Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Ziegenfleisch und die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften durch die zuständigen Behörden.

Der Evaluierungsbericht kam zu dem Schluss, dass alle Ziele der Ursprungskennzeichnungsvorschriften insgesamt erreicht wurden und dass diese Vorschriften ohne Störungen des Handels, ohne offensichtliche Preiserhöhungen für die Verbraucher und ohne unnötigen Aufwand für die Marktteilnehmer und die Verwaltung eingeführt wurden.

Die Bewertung ergab auch, dass das geringe Verständnis der Verbraucher für die auf den Etiketten verwendeten Begriffe und Definitionen noch Raum für Verbesserungen lässt.

Der Bericht an das Europäische Parlament und den Rat trägt zur umfassenderen Bewertung der Lebensmittelkennzeichnung und der Information der Verbraucher im Rahmen der Farm to Fork-Strategie bei.

[Kommission legt Bericht zur Herkunftskennzeichnung von Fleisch vor](#) (in englischer Sprache)

[Kommissionsbericht zur Herkunftskennzeichnung von Fleisch](#) (in englischer Sprache)

Kommission beschließt Maßnahme zur Erhöhung der Liquidität der Landwirte

Die Kommission hat am 04.08.2021 eine Maßnahme angenommen, die es Landwirten ermöglicht, höhere Vorschüsse auf Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu erhalten. Diese Maßnahme wird die Liquidität der Landwirte, die von der COVID-19-Krise und den Auswirkungen der ungünstigen Witterungsbedingungen (Hitze, Starkregen, Überschwemmungen) in der EU betroffen sind, erhöhen.

Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, den Landwirten höhere Vorschüsse auf Einkommensbeihilfen und bestimmte Förderungen zur Entwicklung des ländlichen Raums zu gewähren: bis zu 70 % (statt bisher 50 %) der Direktzahlungen und 85 % (statt bisher 75 %) der Zahlungen zur Entwicklung des ländlichen Raums. Die Zahlungen können nach Abschluss der Kontrollen und Prüfungen ab dem 16.10.2021 ausgezahlt werden.

[Kommission beschließt Maßnahme zur Erhöhung der Liquidität der Landwirte](#) (in englischer Sprache)

Kommission leitet Konsultation zu Aufzeichnungen und Erklärungen von Unternehmen der ökologischen Landwirtschaft ein

Die Kommission hat am 03.09.2021 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Spezifizierung von Aufzeichnungen und Erklärungen von Unternehmen der ökologischen Landwirtschaft vorgelegt.



Nach den neuen EU-Vorschriften für die ökologische Landwirtschaft (Verordnung (EU) 2018/848), die zum 01.01.2022 in Kraft treten, müssen Unternehmen Aufzeichnungen führen, um sicherzustellen, dass die Behörden die vorbeugenden Maßnahmen, die Rückverfolgbarkeit und die Massenbilanz (Bilanz zwischen Wareneingang und -ausgang am Produktionsstandort) kontrollieren können. Mit dieser Initiative werden die Spezifikationen für diese Aufzeichnungen festgelegt, einschließlich Einzelheiten zu den Erklärungen, die die Unternehmer den amtlichen Kontrollbehörden bezüglich der ökologischen Erzeugung vorlegen müssen.

Rückmeldungen sind möglich bis zum 01.10.2021.

[Konsultation Aufzeichnungen und Erklärungen von Unternehmen der ökologischen Landwirtschaft](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe

Die Kommission hat am 09.09.2021 einen Fahrplan zum Thema Klimawandel – Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe veröffentlicht. Ziel der Initiative ist es, die Entwicklung nachhaltiger Lösungen zur Reduzierung, Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlendioxid zu unterstützen. Die CO₂-Speicherung in Wäldern und auf landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Veränderungen bei der Bewirtschaftung, Bodenbearbeitung, pflanzenbaulichen Verfahrensweisen oder weitere technische Lösungen werden eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 spielen (siehe hierzu auch LULUCF-VO). Hiermit sollen die am schwierigsten zu beseitigenden Emissionen aus der Landwirtschaft, dem Luftverkehr oder bestimmten Industriezweigen ausgeglichen werden. Mit der Initiative wird ein Aktionsplan zur Förderung einer klimaeffizienten Land- und Forstwirtschaft und zur Entwicklung eines Rechtsrahmens für die Zertifizierung der Speicherung von Kohlendioxid vorgeschlagen. Rückmeldungen sind möglich bis 07.10.2021.

[Fahrplan Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe](#)

Kommission leitet Konsultation zur Aktualisierung der Berichterstattung im Rahmen der Klärschlammrichtlinie ein

Die Kommission hat am 30.08.2021 einen Entwurf eines Rechtsakts zur Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft veröffentlicht.

Mit dieser Initiative wird die Berichterstattung der EU-Länder vereinfacht und aktualisiert.

Ab 2022 müssen die Mitgliedstaaten Daten über die Verwendung von Klärschlamm erheben und ihre Berichte jährlich bis Ende August des Folgejahres veröffentlichen. Rückmeldungen sind möglich bis 27.09.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Konsultation Berichterstattung Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft](#)



Kommission genehmigt gentechnisch veränderte Organismen

Die Kommission hat am 17.08.2021 sieben gentechnisch veränderte Organismen (GVO) genehmigt. Konkret handelt es sich um drei Maissorten, zwei Sorten Soja und je eine Sorte Ölraps und Baumwolle. Für drei weitere GVO (zweimal Mais und einmal Ölraps) hat sie die Zulassung erneuert. Alle Zulassungen betreffen die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln; keine dieser Genehmigungen umfasst den Anbau der betroffenen Organismen in der EU. Die Zulassungen sind zehn Jahre lang gültig. Alle Produkte, die aus diesen genetisch veränderten Organismen hergestellt werden, unterliegen den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften.

Die zehn GVO haben ein umfassendes Zulassungsverfahren durchlaufen, einschließlich einer positiven wissenschaftlichen Bewertung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Alle EU-Mitgliedstaaten hatten das Recht, sich im Ständigen Ausschuss und anschließend im Beschwerdeausschuss zu äußern.

Die EU importiert erhebliche Mengen von GV-Futtermitteln, jedoch nur wenige GV-Lebensmittel. Nicht nur für den GVO-Anbau, sondern auch für das Inverkehrbringen von GVO und die Verwendung daraus gewonnener Produkte in der Lebens- und Futtermittelkette ist eine EU-Zulassung erforderlich.

[Kommission genehmigt zehn gentechnisch veränderte Organismen](#)

[EU-Register der in Lebens- und Futtermitteln zugelassenen GVO](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Europäisches Parlament fordert soziale Absicherung von Plattformbeschäftigten

Das Europäische Parlament macht sich für den Sozialschutz von Menschen stark, die für digitale Plattformen wie Essenslieferdienste arbeiten. Diese Personen würden oft fälschlicherweise als selbstständig eingestuft, heißt es in einer am 16.09.2021 angenommenen Entschließung. Die Abgeordneten schlagen deswegen für Plattformbeschäftigte u. a. eine Umkehr der Beweislast vor: Im Falle eines Gerichtsverfahrens sollten nicht mehr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber nachweisen, dass kein Arbeitsverhältnis besteht. Die Kommission will bis Ende dieses Jahres eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern vorlegen.

[Pressemitteilung](#)

[Text der Entschließung](#)

Geschlechtsspezifische Gewalt soll in den Katalog der „EU-Straftaten“ aufgenommen werden

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 16.09.2021 eine Gesetzesinitiative angenommen, mit der die Kommission aufgefordert wird, geschlechtsspezifische Gewalt als neuen Straftatbestand in Artikel 83 Abs. 1 AEUV aufzunehmen (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB). Nur in den in der Norm aufgeführten Bereichen (bisher beispielsweise Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, Computerkriminalität und Terrorismus) können durch EU-Richtlinien Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen festgelegt werden. Die Abgeordneten fordern eine EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Während ihrer Rede zur Lage der EU hatte Kommissionspräsidentin *von der Leyen* bereits angekündigt, dass die Kommission bis Ende des Jahres ein Gesetz vorschlagen werde.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Text der Entschließung](#)

Europäisches Parlament drängt auf gleiche Rechte auf Freizügigkeit für gleichgeschlechtliche Paare

Das Europäische Parlament fordert die Stärkung der Rechte von LGBTIQ-Personen. Die EU solle insbesondere die Hindernisse beseitigen, die dieser Personengruppe bei der Ausübung ihrer Freizügigkeitsrechte entgegenstehen. Ehen oder eingetragene Partnerschaften, die in einem Mitgliedstaat geschlossen wurden, sollten in allen Mitgliedstaaten einheitlich anerkannt werden, so die Abgeordneten in einer am 13.09.2021 angenommenen Entschließung.

Die Kommission hatte bereits im April eine vorläufige Folgenabschätzung einer unionsweiten Regulierung der rechtlichen Anerkennung von Elternschaft veröffentlicht.



Einen legislativen Vorschlag will sie im Jahr 2022 vorlegen.

[Pressemitteilung](#)

[Text der Entschließung](#)

[Initiative der Kommission](#)

EuGH stuft Pausen mit Präsenzplicht als Arbeitszeit ein

Der EuGH hat am 09.09.2021 entschieden, dass die einem Arbeitnehmer gewährte Ruhepause als „Arbeitszeit“ im Sinne der Arbeitszeitrichtlinie 2003/88 einzustufen ist, wenn die dem Arbeitnehmer während dieser Ruhepause auferlegten Einschränkungen von solcher Art sind, dass sie objektiv gesehen ganz erheblich seine Möglichkeit beschränken, die Zeit frei zu gestalten und sie seinen eigenen Interessen zu widmen.

In dem Fall ging es um einen tschechischen Feuerwehrmann, der in Pausen unter der Voraussetzung, dass er ein Funkgerät bei sich hatte, in die Betriebskantine gehen konnte, jedoch im Falle eines Einsatzes innerhalb von zwei Minuten abfahrtbereit sein musste.

[Urteil](#)

EuGH urteilt zur Durchführung von Europäischen Sozialpartnern geschlossenen Vereinbarungen

Der EuGH hat am 02.09.2021 geurteilt, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, einem Antrag der Sozialpartner auf Durchführung einer von ihnen geschlossenen Vereinbarung auf Unionsebene stattzugeben. Die Gewerkschaftsdelegationen für nationale und europäische Verwaltungen (TUNED) und die Arbeitgeber in der öffentlichen europäischen Verwaltung (EUPAE) hatten eine Vereinbarung bezüglich der Unterrichtung und Anhörung von Beamten und Angestellten geschlossen. Sie ersuchten die Kommission, dem Rat der Europäischen Union auf der Grundlage von Art. 155 Abs. 2 AEUV einen Vorschlag für einen Beschluss zur Durchführung dieser Vereinbarung zu unterbreiten. Dies lehnte die Kommission jedoch ab.

Der Gerichtshof bestätigte die Auffassung und führte an, dass aus Art. 155 Abs. 2 AEUV keine Verpflichtung der Kommission zur Unterbreitung von Vorschlägen abzuleiten sei.

[Pressemitteilung](#)

Pandemie verstärkt das Problem der Einsamkeit in der EU

Immer mehr Menschen in der EU fühlen sich einsam. Während sich im Jahr 2016 noch etwa 12 % der EU-Bürger mehr als die Hälfte der Zeit einsam fühlten, verdoppelte sich dieser Anteil in den ersten Monaten nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie auf etwa 25 %.



Von Social-Distancing-Maßnahmen besonders betroffen sind junge Menschen: Der Anteil der 18- bis 25-Jährigen, die über Einsamkeit berichten, war 2020 viermal höher als 2016, so die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission in einem kürzlich veröffentlichten Bericht.

[Forschungsbericht](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

HERA – Neue EU-Behörde für Gesundheitskrisen

Die Kommission hat am 16.09.2021 die neue EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA - European Health Emergency Preparedness and Response Authority) als **Struktur innerhalb der Kommission** eingerichtet. Daneben hat sie eine Verordnung vorgeschlagen, mit der die Mitgliedstaaten in einer Krise HERA zu Sofortmaßnahmen ermächtigen können. Die Behörde soll bereits Anfang 2022 voll funktionsfähig sein und Lücken bei der Krisenvorsorge und -reaktion der EU im Gesundheitsbereich schließen. Es sind zwei Arbeitsmodi vorgesehen: Präventionsmodus und Krisenmodus.

Zu den Aufgaben der HERA im Präventionsmodus gehören z. B. die enge Zusammenarbeit mit anderen europäischen und nationalen Gesundheitsbehörden, der Industrie und internationalen Partnern, um die EU besser auf Notlagen im Gesundheitsbereich vorzubereiten, die Durchführung von Gefahrenanalysen, Sammlung von Informationen und Entwicklung von Vorhersagemodellen für einen Ausbruch, Förderung der Forschung und Entwicklung im Hinblick auf die Entwicklung neuer medizinischer Gegenmaßnahmen und die Erhöhung der Bevorratungskapazitäten.

Zu den Aufgaben der HERA im Krisenmodus (wenn eine Notlage im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf EU-Ebene ausgerufen wird) gehören z. B. das Ergreifen von Sofortmaßnahmen unter Leitung eines hochrangigen Krisenstabes, Aktivierung des Netzes von Produktionskapazitäten für die Herstellung von Impfstoffen und Arzneimitteln sowie von Notfallplänen für Forschung und Entwicklung in Absprache mit den Mitgliedstaaten.

Die Behörde ist Teil des Vorschlags zur europäischen Gesundheitsunion vom November 2020 zur besseren Koordinierung bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Dieser umfasste den Ausbau der Kompetenzen des EU-Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA sowie die Stärkung von Kompetenzen der Kommission (u. a. Aufstellung des EU-Pandemieplans, Stärkung der Überwachungssysteme, Feststellung eines gesundheitlichen EU-Notstand unabhängig von WHO). Verhandlungen auf EU-Ebene laufen hierzu.

[Pressemitteilung der Kommission zu HERA](#)

[Vorschlag für eine Verordnung des Rates über einen Rahmen für Maßnahmen im Zusammenhang mit medizinischen Gegenmaßnahmen im Falle einer Notlage im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf Unionsebene](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zu HERA](#) (in englischer Sprache)

Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für Kontrolle und Prävention von Krankheiten

Das Europäische Parlament (EP) hat seinen Standpunkt in der ersten Lesung zum Vorschlag festgelegt, den Aufgabenbereich des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zu



erweitern. Der Vorschlag wurde mit 598 zu 84 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten fordern, dass die Mitgliedstaaten nationale Vorsorge- und Reaktionspläne ausarbeiten und aktuelle, vergleichbare und hochwertige Daten bereitstellen. Außerdem soll das ECDC künftig nicht nur für übertragbare Krankheiten zuständig sein, sondern auch für schwere nicht übertragbare Krankheiten, zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, Krebs, Diabetes oder psychische Erkrankungen.

[Pressemitteilung des EP](#)

Verordnungsvorschlag über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren (Gesundheitsgefahren-VO)

Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt in der ersten Lesung zum Gesetzgebungsvorschlag zur Verbesserung der Krisenprävention sowie der entsprechenden Vorsorge und Reaktion auf EU-Ebene bei künftigen schwerwiegenden länderübergreifenden Gesundheitsgefahren festgelegt. Der Vorschlag wurde mit 594 zu 85 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen. Die Coronakrise, so die Abgeordneten, habe gezeigt, dass die EU die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten – vor allem in den Grenzregionen – noch mehr fördern müsse. Das Parlament fordert außerdem klare Verfahren und mehr Transparenz bei der Vergabe von Aufträgen durch die EU und den damit verbundenen Kaufverträgen.

[Pressemitteilung des EP](#)

Digitales COVID-19-Zertifikat der EU: Albanien, Andorra, die Färöer, Israel, Monaco, Marokko und Panama

Albanien, Andorra, die Färöer, Israel, Monaco, Marokko und Panama nehmen ab 15.09.2021 am System des digitalen COVID-19-Zertifikats der EU teil. Die Kommission hat für die sieben Länder am 14.09.2021 entsprechende Äquivalenzentscheidungen beschlossen. Damit werden die dort ausgestellten COVID-19-Zertifikate in der EU zu den gleichen Bedingungen wie das digitale COVID-19-Zertifikat der EU anerkannt. Gleichzeitig haben sich die sieben Länder bereit erklärt, das digitale COVID-19-Zertifikat der EU für Reisen aus der EU in ihre Länder zu akzeptieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäische Arzneimittelagentur untersucht Nutzen von Auffrischimpfungen gegen Corona

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) untersucht den Nutzen einer Auffrischimpfung mit dem Corona-Impfstoff von Pfizer/Biontech für vollständig geimpfte Menschen ab 16 Jahren. Ergebnisse der Untersuchung, für die Daten des Impfstoffherstellers und laufende klinische Studien ausgewertet werden, sollen in wenigen Wochen vorliegen. In einer zweiten Untersuchung will die EMA zudem prüfen, inwiefern bei Menschen mit schweren Immunproblemen eine dritte Impfdosis von Pfizer/Biontech oder Moderna hilft. Diese Menschen erzielen durch die ersten beiden Impfdosen möglicherweise keinen ausreichenden Impfschutz.



Die EMA sieht derzeit keinen drängenden Grund für eine Auffrischimpfung für die gesamte Bevölkerung (Stand 07.09.2021).

[Pressemitteilung EMA](#) (in englischer Sprache)

EU und AstraZeneca beenden Rechtsstreit über COVID-19-Impfstoff

Die EU und AstraZeneca haben am 03.09.2021 eine Einigung über die Lieferung der restlichen 200 Mio. COVID-19-Impfstoffdosen an die Mitgliedstaaten erzielt. Damit wird die Erfüllung der mit AstraZeneca geschlossenen Vorabkaufvereinbarung vom 27.08.2020 gewährleistet. Mit der Einigung wird auch der anhängige Rechtsstreit vor dem Brüsseler Gerichtshof erster Instanz beendet. Die Vergleichsvereinbarung sieht die feste Verpflichtung von AstraZeneca vor, zusätzlich zu den rund 100 Mio. Dosen, die bis Ende des 2. Quartals geliefert wurden, 135 Mio. Dosen bis Ende 2021 (60 Mio. Dosen bis Ende des 3. Quartals und 75 Mio. Dosen bis Ende des 4. Quartals) und die restlichen Dosen (65 Mio.) bis Ende März 2022 zu liefern. Damit steigt die Gesamtzahl der gelieferten Dosen auf die vertraglich vereinbarte Zahl von 300 Mio. Dosen. Die Mitgliedstaaten erhalten regelmäßige Lieferpläne, und bei Lieferverzug wird ein gedeckelter Rabatt auf die betroffenen Dosen gewährt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Coronavirus: 70 % der Erwachsenen in der EU vollständig geimpft

Die EU hat am 31.08.2021 einen entscheidenden Meilenstein in der Bewältigung der Corona Pandemie erreicht: 70 % der erwachsenen Bevölkerung sind inzwischen vollständig geimpft. Insgesamt haben inzwischen über 256 Mio. Erwachsene in der EU eine vollständige Impfung erhalten. Somit hat die Kommission ihr Ziel erreicht, vor Ende Juli den Mitgliedstaaten ausreichende Impfstoffdosen bereitzustellen, damit 70 % der erwachsenen EU-Bevölkerung vollständig geimpft werden können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission schließt Vertrag über COVID-19-Impfstoff von Novavax

Die Kommission hat den Abschluss ihrer siebten vertraglichen Abnahmegarantie mit einem Pharmaunternehmen am 04.08.2021 genehmigt, um den Zugang zu einem potenziellen COVID-19-Impfstoff im 4. Quartal 2021 und im Jahr 2022 zu gewährleisten. Im Rahmen dieses Vertrags können die Mitgliedstaaten bis zu 100 Mio. Dosen des Impfstoffs des amerikanischen Pharmaunternehmens Novavax ankaufen, wobei in den Jahren 2021, 2022 und 2023 eine Option für 100 Mio. weitere Dosen besteht, sobald die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) den Impfstoff überprüft und für sicher und wirksam befunden hat. Der COVID-19-Impfstoff wird bereits von der EMA im Hinblick auf eine mögliche Zulassung einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen. Die Mitgliedstaaten werden Impfstoffe auch Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen spenden oder anderen europäischen Ländern zukommen lassen können. Im Gegensatz zu den bisher



zugelassenen Impfstoffen ist der Impfstoff von Novavax weder ein mRNA-Impfstoff – wie die Präparate von Biontech und Moderna – noch ein Vektor-Impfstoff wie der von Astrazeneca und Johnson&Johnson, sondern ein proteinbasiertes Vakzin ähnlich wie z B. Grippeimpfstoffe.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Start von Informationssystem für klinische Versuche

Der Beschluss der Kommission (EU) 2021/1240 vom 13.07.2021 über die Übereinstimmung des EU-Portals und der EU-Datenbank für klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln mit den Anforderungen gemäß Art. 82 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 wurde im EU-Amtsblatt vom 31.07.2021 veröffentlicht. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Kommission ein Portal auf EU-Ebene als zentrale Anlaufstelle für die Übermittlung von Daten und Informationen im Zusammenhang mit klinischen Prüfungen und eine EU-Datenbank eingerichtet.

[Beschluss der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Kommission legt politisches Programm zur Umsetzung der Digitalen Dekade vor

Die Kommission hat am 16.09.2021 einen Entwurf für ein politisches Programm zur Umsetzung der „Digitalen Dekade“ vorgelegt. Dieses soll nach ihren Vorstellungen von Rat und Europäischem Parlament (EP) verbindlich beschlossen werden und den konkreten Plan zur Verwirklichung des digitalen Wandels von Gesellschaft und Wirtschaft bis 2030 in der EU darstellen. Um im Programm konkret definierte Ziele für den digitalen Wandel Europas bis 2030 zu erreichen, wird ein Überwachungssystem zur Messung der Fortschritte in den Mitgliedstaaten auf Grundlage des Indexes für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) eingeführt. Mitgliedstaaten sollen in strategischen Fahrplänen über ihre Maßnahmen zur Zielerreichung berichten. Diese werden jährlich erörtert, die Kommission spricht Empfehlungen zur Zielerreichung aus. Zudem sieht das Programm für Mehrländerprojekte in bestimmten digitalen Bereichen eine neue Struktur vor, ein „Konsortium für eine europäische digitale Infrastruktur“ (EDIC), das eine rasche und flexible Gestaltung und Durchführung ermöglichen soll. Als weiterer Baustein der Digitalen Dekade arbeitet die Kommission an der Fertigstellung des Vorschlags für eine gemeinsame „Erklärung zu den Digitalgrundsätzen“ des EP, des Rates und der Kommission.

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links

[Text des Beschlussvorschlags für das Politische Programm zur Umsetzung der Digitalen Dekade](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Initiative zur internationalen Dimension von menschenzentrierter Künstlicher Intelligenz

Auf der von slowenischer Präsidentschaft und Kommission organisierten hochrangigen Konferenz zu Künstlicher Intelligenz (KI) am 14./15.09.2021 wurde die [Initiative der Kommission zur internationalen Dimension von menschenzentrierter KI](#) gestartet. Unter dem Titel InTouchAI.eu soll die europäische Vision von nachhaltiger und vertrauenswürdiger KI weltweit gefördert und bekannt gemacht werden. Im Vordergrund sollen der Dialog und gemeinsame Initiativen mit gleichgesinnten Partnern stehen. Das Projekt soll auch Öffentlichkeitsarbeit und Technologie-Diplomatie betreiben mit dem Ziel einer weltweiten Allianz für menschenzentrierte KI. Ebenso soll ein weltweites Monitoring von aktuellen Entwicklungen in Bereich der KI stattfinden.